

# **b** unabhängige **auernstimme**



Ein weiterer Erfolg ist in der Nachbauseinwanderung erzielt worden – ein EuGH-Urteil untersagt Ämtern die Datenweitergabe

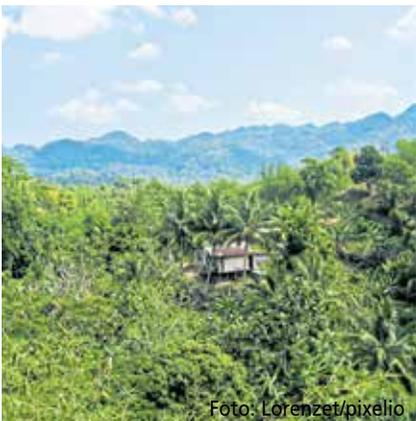


Foto: Lorenzet/pixelio

Handelsabkommen müssen nicht nur die Interessen der Bauern und Bäuerinnen hier wie da schützen, sondern auch die Natur und das Klima



Es gab auch Demos für eine gerechtere Verteilung von EU-Agrarsubventionen zum Schutz von Höfen, Umwelt und Tieren



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Foto: Schivelbein

## **Bauernprotest - wofür?**



**Die Seite 3**

„Bis weißer Rauch aufsteigt“ ..... 3



**Agrarpolitik**

„Die Bauern erwarten zu Recht Unterstützung“ ..... 4

„Unser Kampf ist für alle Erzeuger“ ..... 6



**Bewegung**

Eine überraschende Wendung ..... 7

Klima, Wasser, Gülle..... 8

Klare Forderungen zur Wahl..... 19

Nachhaltig durch Agroforst ..... 21



**Märkte**

Eine innovative Abferkelbucht für bäuerliche Betriebe..... 10

Mercosur ohne klare Regeln..... 17



**Schwerpunkt**

Insektenschutz, Tierwohl und Düngeverordnung ..... 11

Ehrgeizige Agrarreform ist Alternative zum Ordnungsrecht... 12

Soziale Frage mit beantworten ..... 13

Holland in Not ..... 14

Zu Besuch bei Jürgen Rademacher und ???, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Gentechnik, Seite 16; Hofportrait, Seite 18; Leserbrief, Seite 20; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



# Bäuerlicher Protest

**W**ir Bauern kriegen nicht den Hintern hoch und wehren uns nicht.“ Oft habe ich das auf Veranstaltungen gehört. Jetzt haben sie sich gewehrt. Zehntausende waren mit und ohne Trecker an vielen Orten unterwegs, allein hier in Bonn 10.000 mit 1.600 Treckern. Sie haben den 22. Oktober 2019 zu einem bemerkenswerten Protesttag gemacht. Beflügelt von großen Aktionen in den Niederlanden und in Frankreich, hat eine kleine Gruppe von Aktiven über die sozialen Netzwerke zu Protesten in vielen Städten aufgerufen. Die Botschaft verbreitete sich in Windeseile: Rausgehen. Den berechtigten Respekt für bäuerliche Arbeit nicht nur am Computer, sondern auf der Straße einfordern. Die Stimmung auf vielen Höfen ist sehr angespannt. Wut, Ratlosigkeit und Nachdenklichkeit. Wunsch nach Wertschätzung und mit den Bauern reden.

Stürmische Zeiten? Vor fünf Wochen blockierten AbL und BDM den größten Futtermittelimporthafen Deutschlands in Brake/Unterweser. Wir haben für faire Preise, Klimaschutz und gegen das geplante EU-Mercosur-Freihandelsabkommen demonstriert. Der BDM führte in Mainz anlässlich der Bund-Länder-Agrarministerkonferenz eine Milch-Protestkundgebung durch. Meine Landwirtschaft bringt Bäuerinnen und Bauern zusammen mit gesellschaftlichen Gruppen auf die Straße bei Demonstrationen in Dresden, Mainz, Erfurt und Straßburg. Die Proteste fallen nicht vom Himmel. Viel zu lange haben sich die Agrarminister/innen der letzten Jahrzehnte um notwendige Veränderungen herumgedrückt. Damit kommen sie nicht mehr durch.

Die Spitze des Deutschen Bauernverbandes macht, was sie immer macht, wenn es Unruhe gibt. Sie versucht, die Protestbewegung einzufangen und zu vereinnahmen. Die mit rechtsradikalen Kräften durchgesetzte AfD verspricht auch schon Unterstützung. Es wird versucht, die Bewegung in politische Ecken zu stellen. Das ist nicht die Sache der AbL. Unsere Position haben wir frühzeitig benannt: „Veränderungen sind notwendig, müssen für uns Bauern aber auch umsetzbar sein und bezahlt werden.“ Die AbL hat im Vorfeld zusammen mit dem BUND, Greenpeace und Brot für die Welt die Einberufung einer Landwirtschaftskommission gefordert. Ministerin Klöckner reagiert darauf und regt ein nationales Dialogforum in Form einer „Roadshow“ vor Ort an. Es geht uns nicht um Show, Frau Ministerin. Die Lage ist viel zu ernst. Es geht um klare Handlungsaufträge: Ein breiter Konsens für eine Nutztierstrategie, ein Konzept für eine sozial gerechte und gesellschaftlich akzeptierte EU-Agrarreform, eine Strategie zum klimaschonenden Ackerbau, zum internationalen Agrarhandel und die Finanzierung der notwendigen Veränderungen sind die Aufgaben der Kommission. Ist ein Konsens Wunschenken?

Wenn man stundenlang auf dem Trecker sitzt, heimkehrt, die Knochen sortiert, kommt die Frage: Was tun? An Ratschlägen fehlt es nicht. Weiter grüne Kreuze aufstellen? Radikaler werden? Lieber auf die DBV-Spitze setzen und auf Weiter so? Den Unmut auf NGOs abladen, die die Landwirtschaft angeblich für alles Schlechte in dieser Welt verantwortlich machen? Die AbL ist dafür, uns alle in die Verantwortung zu nehmen: Bäuerinnen und Bauern, Umwelt- und Tierschützer, Lebensmitteleinzelhandel, Molkeereien, Schlachtunternehmen und die Politik. Alle müssen an einen Tisch, um die verhärteten Fronten zwischen Landwirtschaft, Gesellschaft und Politik aufzubrechen. Aufeinander zuzugehen und für die Zukunft zu streiten, ist eine wichtige Aufgabe. Es bleibt spannend. Wir bleiben dran.

*Georg Janßen,  
Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.*

# „Bis weißer Rauch aufsteigt“

Zehntausende Bauern und Bäuerinnen demonstrieren in Deutschland

**E**ndlich einmal etwas tun zu können, den ganzen Frust und die Ohnmacht in Aktion zu wandeln und dann noch in so eine: Jeder, der schon mal mit einem Trecker auf einer Demo mit anderen Traktoren unterwegs war, weiß, wie sich das anfühlt, wenn man als Könige der Landstraße im Konvoi hoch oben den Straßenverkehr dominiert. Meist winken noch lachende Passanten aufmunternd am Straßenrand. Für viele Bauern und Bäuerinnen, die am 22. Oktober zu tausenden in ganz Deutschland auf ihre Trecker gestiegen sind, um zu einem der dezentralen Aktionsorte oder nach Bonn zur zentralen Kundgebung der Bewegung „Land schafft Verbindung“ zu fahren, war das Ganze sicher ein befreiendes und erhebendes Erlebnis. Inspiriert durch die beeindruckende Demo der niederländischen Berufskollegen, die am 1. Oktober den mehr oder weniger kompletten morgendlichen Berufsverkehr Hollands lahmgelegt hatten, gründete sich schnell danach in sozialen Netzwerken eine Basisbewegung von Bauern und Bäuerinnen in Deutschland. Der Unmut über das Agrarpaket der Bundesregierung und die Düngeverordnung ist der letzte Tropfen, der das Fass mit einer emotionalen Melange aus vermeintlich zu wenig Anerkennung in Gesellschaft und Politik, aus zu vielen – zum Teil als fachlich unakzeptabel angesehenen – Umwelt- und Tierwohlauflagen und dem zermürbenden Gefühl, schon seit Jahren und Jahrzehnten mit viel und körperlich schwerer Arbeit zu kaum kostendeckenden Preisen Lebensmittel zu produzieren, zum Überlaufen bringt. Zunächst stellen Bauer Willi und die Agrarbloggerszene grüne Kreuze als stillen Protest auf, später erwächst von vielen anderen der Wunsch, auch laut auf das Dilemma aufmerksam zu machen. Innerhalb kürzester Zeit versammeln sich zehntausende im Netz hinter den bewusst unkonkret gehaltenen Forderungen nach Respekt und Anerkennung, der Ablehnung des Agrarpaketes und des Mercosur-Handelsabkommens. Maike Schulze-Broers, Bäuerin aus dem Landkreis Uelzen und eine der Organisatorinnen, spricht auf der Demo in Bonn von einer überwältigenden Welle der Solidarität und des Zuspruchs in den drei Wochen der Bewegung.

Bewusst wird die Distanz zu Verbänden proklamiert. Sorge herrscht vor

der Gefahr, sich Vereinnahmungen zu lassen. Bayer und BASF bieten auch finanzielle Unterstützung an, die die Organisatoren ablehnen.

## Vereinnahmung

In den dezentralen Orgateams waren von Anfang an auch örtliche Bauernverbandsfunktionäre, was wenig verwunderlich ist, schließlich finden sich die sowieso schon Aktiven schneller zusammen. Spätestens als dann auf der eilig anberaumten Bauernverbandskundgebung in Bonn eine Woche vor dem 22. Oktober „weitere Demos“ angekündigt werden, verschwinden Bauernverbandsvertreter – ob freiwillig oder gedrängt – zum Teil aus den Orgateams der neuen Bewegung. Die meisten Organisatoren dieser neuen Basisbewegung sind voller Energie, aber eben weitestgehend ohne Erfahrung und entsprechend unsicher. So soll die eigentlich unverfängliche Forderung nach fairen Preisen nicht erhoben werden, wohl weil sie für viele Bauern und Bäuerinnen mit dem Bundesverband deutscher Milchviehalter verbunden ist, der auch nicht mit eigenen Transparenten am 22. Oktober auftauchen soll. Da ist es Ironie des Schicksals, dass die, die sich fast übervorsichtig mit keinen Verbänden in Verbindung bringen lassen wollen, weil es irgendwie schädlich sein könnte, von der *tageszeitung* ausgerechnet in die Nähe der AfD herangeschrieben wurden. Sie war die einzige Partei, die den Bauern und Bäuerinnen

signalisierte, dass es keine Änderungen in der Wirtschaftsweise brauche – kein Wunder, wenn man Klimawandel und Artensterben für Hokuspokus hält. Aber so wenig, wie zwangsläufig alle Befürworter eines Tempolimits auf Autobahnen Grün-Wähler sind, wählen Bauern und Bäuerinnen, die am 22. in Bonn demonstrieren, die AfD. Aufpassen, sich nicht von ihr einlullen zu lassen, müssen sie dennoch. Es kann eben nicht alles so bleiben, wie es ist. Es ist geradezu bauernfeindlich, so etwas zu behaupten. Denn damit entzieht man den Bauern und Bäuerinnen tatsächlich die Existenzgrundlage, um die sie zu Recht fürchten.

## Wie weiter?

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) machte vor der Demo einmal mehr klar, dass aus ihrer Sicht nur dann die Landwirtschaft in Deutschland eine langfristige Perspektive hat, wenn sich die landwirtschaftliche Praxis mit den berechtigten Ansprüchen der Gesellschaft versöhnen lässt. Nach der Demo bot sie den Dialog an, als Roadshow, ganz d'accord mit der Massenbewegung der Traktoren. Aber erst, wenn im Dialog auch gemeinsame verbindliche Vereinbarungen getroffen werden, kann die Sache zum Erfolg werden. Am 22. war das noch nicht ausgemacht, wurden Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (CSU) in München weniger und Staatssekretär Herrmann

Onko Aeikens (CDU) in der Höhle des Löwen auf dem Münsterplatz in Bonn mehr ausgepiffen, ebenso wie sich outende dialogbereite BMEL-Mitarbeiter. Demoorganisatorin Schulze-Broers machte aber auch deutlich, dass sie sich etwas anderes wünscht, ein Szenario „wie bei der Papstwahl, wo gesprochen und verhandelt wird, bis ein Konsens gefunden ist und weißer Rauch aufsteigt“. Ob das ein frommer Wunsch bleibt, hängt auch davon ab, ob die Bewegung es aushält, inhaltlich zu werden und Kompromisse zu machen. Die Stimmung auf dem Münsterplatz schwankte zwischen Wut, Mut und Zuversicht wie auch Resignation und Besorgnis. Was bleibt, wenn die Tausende nachts müde und kaputt wieder in der Einsamkeit ihrer Höfe zu Hause ankommen? Der Ärger, nicht wie die Holländer die Autobahnen dichtgemacht zu haben, weil man am Ende doch gemacht hat, was die Polizei wollte? Der Shitstorm im Netz, der sich über Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied ergoss, als der sich mit den Demonstrierenden solidarisierte, wenn sie denn friedlich blieben? Der Frust über ironische Verbraucherkommentare wie: Demo gegen Umweltschutz und Tierwohl, und dafür wollen die Anerkennung? Oder doch das Gefühl, allen mal gezeigt zu haben, was eine Harke ist? Wahrscheinlich von allem ein bisschen und hoffentlich die Erkenntnis, dass die Arbeit jetzt erst richtig losgehen muss. cs



Aussagen, bei denen alle mitgehen können, in Bonn

Foto: Volling

# „Die Bauern erwarten zu Recht Unterstützung“

Herrmann Onko Aeikens, Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium zu Demos, Insekten, Boden...

*Herr Aeikens, es brodelt unter den Bauern und Bäuerinnen, Düngeverordnung und Agrarpaket scheinen jetzt der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Wie geht's Ihnen damit, wenn sich Existenzsorgen, Frust und das Gefühl nicht anerkannt zu werden nun in Demos und Aktionen Bahn bricht?*

Herrmann Onko Aeikens: Die aktuellen Sorgen unserer Bauern und Bäuerinnen nehmen wir sehr ernst. Wir setzen uns deshalb in allen Verhandlungen für praktikable Lösungen ein. Aber angesichts des Urteils des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2018 kommen wir nicht um Nachbesserungen bei der Düngeverordnung herum. Die Europäische Kommission hat zwar unsere bisherigen Anstrengungen gewürdigt, gleichzeitig aber Zusatzmaßnahmen gefordert. Wenn wir diese nicht erfüllen, droht uns eine Verurteilung im so genannten Zweitverfahren mit hohen finanziellen Sanktionen von ggf. über 800.000€/ Tag. Das müssen wir auf jeden Fall vermeiden. Hinsichtlich des Aktionsprogramms Insektenschutz möchte ich betonen, dass dieses einen politischen Ausgangspunkt darstellt. Das bedeutet, dass die konkreten Gesetzes- und Verordnungsentwürfe zu spezifischen Maßnahmen wie beispielsweise die Ausgestaltung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten oder die Abgrenzungskriterien für die Unterschutzstellung von „artenreichem Grünland“ und „Streuobstwiesen“ noch erarbeitet werden müssen. Die im Aktionsprogramm aufgelisteten Maßnahmen sollen dazu beitragen, das

Insektensterben umfassend zu bekämpfen und die Lebensbedingungen für Insekten in Deutschland wieder zu verbessern. Ziel ist es, eine ausgewogene Mischung aus Vereinbarungen zu ordnungsrechtlichen Vorgaben und Anreiz- und Fördermaßnahmen zu schaffen. Dabei verfolgen wir den Gedanken der Freiwilligkeit und des Ausgleichs für zusätzliche Leistungen der Landwirtschaft. Insgesamt werden 100 Millionen Euro/Jahr mehr für die Förderung des Insektenschutzes und für den Ausbau der Insektenforschung bereitgestellt.

*Ist nicht Teil des Dilemmas, dass Sie nach Kompromissen gesucht und diese schließlich auch gefunden haben, aber nicht oder zu wenig mit den Bauern und Bäuerinnen – auch jenseits der Funktionäre des Bauernverbandes – verhandelt wurden? Muss nicht ein Prozess folgen, der alle Beteiligten an einen Tisch holt und verbindliche Ziele, Maßnahmen und Zeithorizonte festlegt?*

Das Aushandeln von Kompromissen ist Teil der demokratischen Willensbildung. Wir diskutieren im BMEL häufig mit Vertreterinnen und Vertretern aus Landwirtschafts- und Umweltverbänden sowie Forschung. Das Aktionsprogramm Insektenschutz ist eine Zielvereinbarung der Bundesregierung. Nun folgt ein Prozess, in dem die bewusst offen gestalteten Formulierungen des Aktionsprogramms umgesetzt werden. Hier wird natürlich die Landwirtschaft einbezogen werden. Zudem sieht das Aktionsprogramm vor, dass der Bund noch 2019 einen hochrangigen „Run-

den Tisch Insektenschutz“ einrichtet, um die weitere Einbindung aller zentralen gesellschaftlichen Akteure in die Umsetzung der Maßnahmen zum Insektenschutz zu gewährleisten. Dabei wird die Landwirtschaft als kooperativer Partner gesehen. Unser Ministerium wird im weiteren Prozess darauf achten, dass die Verhältnismäßigkeit jeder Maßnahme gewahrt bleibt. Wir sind der Auffassung, dass eine nachhaltige Landwirtschaft nur mit Unterstützung der Landwirtinnen und Landwirte möglich ist.

*Kritik von Bauern und Bäuerinnen ist, dass sie mit Düngeverordnung und Insektenschutz vor allem finanziell alleine gelassen werden. Ähnlich ist es beim Umbau der Tierhaltung. Ist es nicht die Aufgabe der Politik, die gesellschaftlichen Forderungen umzusetzen, also jetzt die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit überhaupt noch bäuerliche Betriebe übrigbleiben, die diese erfüllen können?*

Dort, wo neue Belastungen durch erhöhten Insektenschutz unvermeidbar sind, sollen Landwirte auch finanziell unterstützt werden. Der Bund setzt sich zur Verbesserung der nationalen Finanzierung von Maßnahmen des Insektenschutzes für einen Sonderrahmenplan „Insektenschutz in der Agrarlandschaft“ in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ein und wird hierfür Mittel in Höhe von 50 Millionen Euro pro Jahr durch Umschichtung und zusätzliche Finanzmittel bereitstellen. Mit einer 40prozentigen Co-Finanzierung der Länder stehen dann 83 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung, um die Landwirte beim praktischen Insektenschutz zu unterstützen.

*Und die Auswirkungen der Düngeverordnung?*

Wir müssen in Deutschland dringend Verbesserungen bei der Nitratbelastung der Grundwasserkörper erzielen. Dazu sind ambitionierte Maßnahmen – vor allem in den mit Nitrat belasteten Gebieten – erforderlich. Allerdings war es schon immer unser Ansatz, dass wir den Berufsstand bei der Bewältigung dieser besonderen Herausforderung unterstützen müssen. Dies soll auch über ein Bundesprogramm Nährstoffmanagement geschehen. Das Programm



Herrmann Onko Aeikens

Foto: BMEL

soll unter anderem aus Mitteln der Ackerbaustrategie, die ab 2021 mit Mitteln aus dem Klimafonds weiter verstärkt wird, finanziert werden. Die konkrete Ausgestaltung des Förderprogramms ist derzeit in Vorbereitung.

*Und die Tierhaltung?*

Es ist auch Aufgabe der Politik, wenn ein Tierwohl-Niveau erreicht werden soll, das über dem gesetzlichen Standard liegt, zu überprüfen, wie dieses finanziell unterstützt werden kann. Die Förderung im Rahmen des Agrarinvestitionsförderprogramms gilt für die nächste Förderperiode und beinhaltet eine bis zu 40-prozentige Förderung von Modernisierungsmaßnahmen für mehr Tierwohl. Das wird gerne vergessen bei der Tierwohl-Diskussion. Für die Einführung des Labels sind insgesamt 70 Millionen Euro vorgesehen. Für die Modell- und Demonstrationbetriebe sind es fast sechs Millionen Euro. Außerdem arbeitet das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung unter dem Vorsitz von Bundesminister a.D. Jochen Borchert seit April dieses Jahres mit Hochdruck an der Frage, wie mehr Tierwohl in den Ställen finanziert werden kann, ohne dass bäuerliche Betriebe deshalb aufgeben müssen und die landwirtschaftliche Tierhaltung aus Deutschland abwandert. Die Vorschläge des Kompetenznetzwerks will unsere Bundesministerin Julia Klöckner im Frühjahr 2020 der Öffentlichkeit vorstellen. In dem Kompetenznetzwerk und den Arbeitsgruppen sitzen übrigens auch Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft mit am Tisch.

*Jahrzehntelang ist Bauern und Bäuerinnen vermittelt worden, sie müssten billig für Exportmärkte produzieren. Wie kann man verhindern, dass zusätzliche Leistungen, wie mehr Tierwohl, gentechnikfreie Fütterung oder eine ökologischere Bewirtschaftung zu Standards werden, ohne dass die Mehrkosten berücksichtigt werden?*



Bienen und Bauern zusammen denken

Foto: Holst



Bäuerliche Betriebe brauchen Perspektiven

Foto: Meine Landwirtschaft

Stabile und verlässliche Handelsbeziehungen sind für unsere Agrar- und Ernährungswirtschaft unverzichtbar. Die Landwirtschaft verdient jeden vierten Euro mit dem Export, die Ernährungswirtschaft sogar jeden Dritten. Was unsere Nutztierstrategie betrifft, beschäftigt sich das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung intensiv genau mit dieser zentralen Herausforderung. Persönlichkeiten, Entscheidungsträger und Fachleute aus Politik, Wissenschaft, Praxis und Verbänden beraten uns bei der Weiterentwicklung und zukunftsfähigen Aufstellung der Nutztierhaltung. Sie diskutieren Grundsatzfragen der Nutztierhaltung und die gesellschaftliche Akzeptanz, etwa den Konflikt zwischen Tierwohl und Umweltschutz. Das Kompetenznetzwerk entwickelt Ideen und Lösungsvorschläge für die Ministerin und wird sie mit ihr diskutieren. Ich kann und will den Ergebnissen nicht vorgreifen, aber ich kann Ihnen versichern, dass die Vorschläge uns weiterbringen werden und diese Schlüsselfrage konkret und – ich gehe davon aus – auch zu Ihrer Zufriedenheit beantwortet wird.

**Muss nicht auch die EU-Agrarpolitik reagieren und bei den Prämien entsprechend die Bauern und Bäuerinnen honorieren, die Leistungen für Biodiversität, Klima und Tierschutz erbringen? Bislang weisen die Signale aus ihrem Haus eher in Richtung: „weiter so mit den Flächenprämien“.**

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) werden bereits in der laufenden Förderperiode (2013-

2020) konkrete Leistungen der Landwirtschaft für Klimaschutz, Biodiversität, vielfältigere Kulturlandschaften und eine nachhaltige Produktion gefordert und gefördert. Im Rahmen der sogenannten ersten Säule der GAP sind dies zum Beispiel die zwingend einzuhaltenden Standards für einen guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen sowie die Zahlungen für die Klima- und Umweltschutz förderlichen Landbewirtschaftungsmethoden, die sogenannten Greening-Prämien. Weitere wichtige Instrumente sind die Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) im Rahmen der sogenannten zweiten Säule der GAP. In Deutschland kommen auf etwa vier Millionen Hektar solche AUKM-Maßnahmen zum Tragen, die dem Schutz der Umwelt und der biologischen Vielfalt dienen. Bei der Weiterentwicklung der GAP für die Zeit nach 2020 setzt sich unser Ministerium dafür ein, dass Leistungen der Landwirtschaft zum Schutz der Umwelt, der Biodiversität, des Klimas, des Tierwohls und der natürlichen Ressourcen gestärkt werden, um die Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion weiter zu fördern. Unser Ministerium unterstützt deshalb die diesbezüglichen Vorschläge der Europäischen Kommission. Die sogenannte „Grüne Architektur“ der GAP muss so gestaltet werden, dass sie einerseits ambitionierte Beiträge zur Erreichung von Umweltzielen leistet und andererseits für die Landwirtschaft auch praktikabel und wirtschaftlich tragfähig ist. Die Landwirte und die ländlichen Räume stehen vor

großen Herausforderungen. Es werden zusätzliche Leistungen in den Bereichen Klima, Umwelt und Tierwohl erwartet und der Erhalt attraktiver ländlicher Räume fordert im Lichte von Abwanderungen und demografischem Wandel ebenfalls politisches Handeln. Aus diesem Grunde brauchen wir auch in Zukunft ein angemessenes Agrarbudget. Die Bauern erwarten zurecht die Unterstützung der Gesellschaft für gesellschaftliche Leistungen.

**Eins ihrer Steckenpferde ist schon als Landwirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt die Agrarstrukturpolitik gewesen. Auf der Agrarministerkonferenz in Mainz forderte die Bundesministerin ihre LänderkollegInnen auf, endlich wirksame Agrarstrukturgesetze zum Schutz vor dem Ausverkauf landwirtschaftlicher Flächen und Betriebe an außerlandwirtschaftliche Investoren zu erlassen. Warum passiert hier seit Jahren nichts?**

Die Länder sind seit der Föderalismusreform im Jahre 2006 für die Gesetze zum Bodenmarkt zuständig. Für die Übertragung der Zuständigkeit wurde das Grundgesetz geändert. Gleichwohl unterstützt die Bundesregierung die Länder bei einer Überarbeitung der Gesetze. So hat eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe bereits im Jahre 2015 der Agrarministerkonferenz eine Zusammenstellung von Handlungsoptionen vorgelegt. Darin werden verschiedene Ansatzpunkte zur Novellierung der Gesetze dargestellt. Leider haben diese gemeinsamen Aktivitäten von Bund und Ländern bisher keine Ergebnisse

auf Länderseite gehabt. Mir ist bekannt, dass in Sachsen-Anhalt an einer Novellierung der Gesetze gearbeitet wird. Auch aus anderen Ländern hört man verbale Ankündigungen zu entsprechenden Maßnahmen. Für den Bund kann ich nur ausführen, dass unser Ministerium zur Unterstützung der Länder bereitsteht. Wir haben dazu im Jahre 2018 eine weitere Arbeitsgruppe mit den Ländern eingerichtet, die zur Koordinierung der Länderaktivitäten beitragen soll. Entscheidend sind letztendlich gesetzgeberische Aktivitäten der Länder.

**Welche Überlegungen und Handlungsmöglichkeiten gibt es noch für das Bundesministerium?**

Grundsätzlich ist zuerst einmal festzuhalten, dass eine absolute Notwendigkeit zur Überarbeitung der Bodengesetzgebung besteht. Dies betrifft die Reform des Landpachtverkehrsgesetzes, des Reichssiedlungsgesetzes und das landwirtschaftliche Grundstücksverkehrsrecht. Denn es kann nach meiner Auffassung nicht angehen, dass reine Grundstücksverkäufe, auch in kleiner Größenordnung einer Genehmigung bedürfen und darüber hinaus auch noch mit Grunderwerbsteuer belegt sind, aber Anteilsverkäufe, bei denen zum Teil mehrere 100 ha mit veräußert werden, keiner Kontrolle und keiner Grunderwerbsteuerpflicht unterliegen. Durch die Bodengesetzgebung soll der landwirtschaftliche Betrieb gestärkt werden, sie ist ein Instrument der Agrarstrukturpolitik. Wenn die Politik und hierbei insbesondere die zuständigen Länder nicht reagieren, wird sich die Agrarstruktur erheblich weiterverändern. Dies sollte allen Akteuren bewusst sein. Zur Unterstützung der Länder mit der Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe hat unser Ministerium eine Reihe von wissenschaftlichen Forschungsprojekten vergeben. Damit sollen unter anderem die Auswirkungen von Investoren auf die Agrarstruktur, auf die Steuern, auf die Marktbeherrschung auf dem Bodenmarkt sowie auch Fragen der Förderung von Junglandwirten und Existenzgründern in Bezug auf den Bodenmarkt geklärt werden. Zusätzlich haben wir die EU-Agrarstrukturerhebung ab 2020 erweitert: ergänzend zu den Einzelbetrieben werden dann auch Holdingstrukturen erfasst.

**Vielen Dank für das Gespräch!** cs

# „Unser Kampf ist für alle Erzeuger“

Ein brasilianischer Milchbauer spricht über das geplante Mercosur-Abkommen

Joel Dalcin ist Milchbauer in Brasilien, im nordwestlichen Bundesstaat Rio Grande do Sul. Er bewirtschaftet einen Hof mit 75 Milchkühen, 11,8 Hektar Eigenfläche und weiteren 30 Hektar Pachtfläche. Als Dalcin im September für ein Interview angefragt wurde, war er mit der Maisaussaat beschäftigt. Der Mais wird selbst gemahlen und dem Futter zugemischt, das zudem aus zugekauftem Soja, Baumwollsaamen und Mineralien besteht. Der Zukauf macht einen Anteil von 25 Prozent an der Fütterung und 50 Prozent der gesamten Futterkosten aus. Außerdem wird der Mais auch zu Silage verarbeitet. Aus Weidel- und Tiftongras wird Heu hergestellt. Je nach Region sind drei Ernten bzw. Schnitte pro Jahr möglich.

Joel Dalcins Eltern hatten 1992 nicht mehr als zehn Milchkühe. Nachdem Dalcin mit eingestiegen ist, haben sie den Betrieb vergrößert. Von einem betrieblichen Krisenjahr konnten sie sich nur schwer erholen und Schulden sind geblieben. Banken und andere Kreditgeber machen Druck. Heute arbeiten Dalcin, sein Vater und zwei Mitarbeiter auf dem Betrieb. Dalcin ist Geschäftsführer der Milchbauernbewegung Construindo Leite Brasil.

Obwohl Präsident Jair Bolsonaro international und auch in Brasilien scharfer Kritik ausgesetzt ist, etwa hinsichtlich der Regenwaldabholzung und gravierender Menschenrechtsverletzungen, setzt Joel Dalcin Hoffnung in die Regierung von Bolsonaro, wie im Interview zu lesen ist. Trotz der Widersprüchlichkeit ist es wichtig, in Deutschland die bäuerlichen Herausforderungen und unterschiedlichen Interessen in Brasilien hinsichtlich des Mercosur-Freihandelsabkommens aufzuzeigen.

## Herr Dalcin, wie stellt sich die Situation der Milcherzeuger in Brasilien dar?

Sehr schwierig. Bisher haben uns die Regierungen immer versprochen, dass sie sich für die Bäuerinnen und Bauern einsetzen wollen. Aber wir mussten erleben, dass die multinationalen Konzerne gestärkt wurden. Die Regierungen haben in der Vergangenheit beispielsweise Steuern erhoben, wodurch unsere Produktionskosten gestiegen sind. Wir zahlen mehr als 30 Prozent Steuern auf die Milcherzeugung, das betrifft alle Produktionsschritte, bis

die Milch im Kühltank ist. Die Erzeuger mussten drastische Gewinneinbußen hinnehmen, so dass es immer schwieriger wird, die Bauernhöfe zu erhalten. Die Märkte werden vom Handel, der Industrie und den Supermärkten beherrscht. Sie treiben ihre Gewinne nach oben auf Kosten der Milcherzeuger. Zudem stehen wir mit Milchimporten aus den anderen Mercosur-Ländern in Konkurrenz, die bessere Wettbewerbsbedingungen haben. Dort sind die Steuern und Produktionskosten wesentlich niedriger und die Produktionsbedingungen teilweise vorteilhafter. Brasilianische Milchunternehmen importieren Milch hauptsächlich aus Uruguay und Argentinien, weil die Milch dort billiger ist.

## Wie sind die Hofstrukturen in Brasilien?

Die Betriebe haben unterschiedliche Größen, Topografien und Systeme. Es gibt Höfe, die zu 100 Prozent Weidgang ermöglichen; es gibt Betriebe, die ausschließlich als Feedlot-System produzieren, also mit hoher Technologie und hohen Investitionen. Die Produktionsleistung pro Hof und Tag kann 100 Liter betragen und es gibt Betriebe, die 80.000 Liter täglich melken. In Brasilien gibt es alle Arten von Klima und Böden.

## Es gibt eine junge Milchbauernbewegung in Brasilien?

Ja. Die Erzeugerbewegung, zu der auch Construindo Leite Brasil gehört, wurde über WhatsApp gestartet. Wir haben darüber Milchbäuerinnen und -bauern mobilisiert, Videos von ihren Betrieben aufzunehmen und über die aktuellen Probleme auf den Höfen zu berichten. Es sind viele Videos eingegangen, die wir auf Facebook geteilt haben. Die Bewegung zielt darauf ab, die Produzenten zu vernetzen, zu organisieren und für bessere Bedingungen zu kämpfen, das bedeutet auch, für eine bessere Stellung der Erzeuger in der Milchlieferkette. Wir verfolgen zwei Stränge: Erstens geht es uns um die Art der Milcherzeugung, die sozial verantwortlich sein muss und den Schutz von Umwelt, Tier und auch Mensch mit einbezieht. Zweitens geht es darum, dass der Produzent für den Rohstoff Milch die Preise fristgerecht erhält, die mit dem nachgelagerten Bereich in der Wertschöpfungskette vereinbart wurden, und auch die Zahlungskonditionen für

die Milchbauern zu verbessern. Darüber hinaus fordern wir die Regierungen auf, einen Rahmen zu schaffen für bessere Wettbewerbsbedingungen und Logistik sowie niedrigere Steuern und Zinsen. Mittels Kampagnen muss die Nachfrage des Milchkonsums gesteigert werden. Allerdings macht der Staat noch das Gegenteil. Wir setzen große Hoffnungen in die Regierung von Präsident Bolsonaro.

## Wie schätzen Sie das geplante Freihandelsabkommen von der EU und Mercosur für die Milchbauern ein?

Die brasilianische Milchwirtschaft wurde als Verhandlungsmasse eingesetzt, indem unsere Märkte geöffnet werden sollen, damit für andere Branchen wiederum die Märkte in der EU geöffnet werden. Unsere Produktionskosten sind viel höher als in der EU. Der Deal ist unfair, weil wir nicht die staatlichen Anreizprogramme und Subventionen erhalten. Wir können nicht mithalten. Es ist nicht akzeptabel, wie unsere Regierung sich beim Mercosur-Abkommen verhalten hat. Wir, die Erzeuger, leiden darunter, weil wir das schwächste Glied in der Lieferkette sind. Wir müssen in Brasilien erst ein-

mal unsere internen Probleme lösen, bevor wir unsere Märkte für andere Länder öffnen. Wir Milchbauern brauchen Schutz, sonst müssen wir unsere Produktion einstellen. Wir müssen uns als Milchbauern mehr zusammenschließen, gemeinsam auftreten, mehr an unser Potenzial glauben, um die Schwierigkeiten unseres Sektors zu bewältigen. Wir sind der Ansicht, dass die europäischen Länder unsere Produkte dann kaufen, wenn wir einen wettbewerbsfähigen Preis haben. Für unsere Bewegung ist es egal, ob es sich um einen großen oder einen kleinen Erzeuger handelt. Unser Kampf ist für alle Erzeuger. Zusammen sind wir stärker.

## Vielen Dank für das Interview

Berit Thomsen,

AbL-Handelsexpertin

Übersetzung: Dr. Luiz Perrone Massucati und Marcos A. da Costa Melo



Milchbauer Joel Dalcin

Foto: privat

In dem geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den Mercosur-Ländern ist eine gegenseitige Öffnung des Milchmarktes für zollfreie 30.000 Tonnen Käse, 10.000 Tonnen Milchpulver und 5.000 Tonnen Babynahrung vorgesehen. „Das Mercosur-Freihandelsabkommen zementiert die Exportoffensive in der Milchwirtschaft“, sagt Ottmar Ilchmann, konventioneller Milchbauer und Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Niedersachsen. „Dass die Milchbäuerinnen und -bauern nicht automatisch an dieser Exportoffensive verdienen, zeigen noch mal mehr die aktuell desaströsen Milchpreise. Die größte Molkerei Deutsches Milchkontor (DMK), die auf Export setzt, zahlt gerade mal 30 Cent Grundpreis für den Liter Milch. Das sind mit die schlechtesten Preise im Bundesvergleich und sie liegen mehr als zehn Cent unterhalb der Kostendeckung je Liter Milch zulasten der Milcherzeuger. Außerdem benötigen wir für diese Exportoffensive auch Futtermittelimporte in Form von Soja, das wir zu großen Teilen aus diesen Mercosur-Ländern importieren. Die Folgen dort sind oft mit Regenwaldabholzung und Menschenrechtsverletzungen durch aggressive Landvertreibungen verbunden.“ Die EU-Milchexporte alarmieren Milchbetriebe des Mercosurs. In Argentinien etwa forderten sie vergeblich, ihre Branche von dem Abkommen auszuklammern. Derweil fürchten Uruguays Milcherzeuger besonders um ihre Absatzmargen im Nachbarland Brasilien. Das Beispiel zeigt, dass das Abkommen nicht nur eine ökologisch gebotene Verkürzung von Lieferketten konterkariert, sondern auch die regionale Integration im Mercosur.

# Eine überraschende Wendung

Das Volksbegehren „Pro Bienen“ findet vielleicht gar nicht statt

Es waren zwei Demeter-Imker, von denen die Initiative für ein Volksbegehren in Baden-Württemberg ausging. Die Forderungen wurden von vielen Landwirten, vor allem in den intensiven Obst-, Wein- und Gemüsebauregionen am Bodensee und im Kaiserstuhl, äußerst kritisch und oftmals ablehnend bewertet. Jetzt hat die vom grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann geführte Landesregierung viele der Forderungen in einem von Umweltminister Franz Untersteller und Landwirtschaftsminister Peter Hauk verfassten Eckpunktepapier aufgegriffen. Anders als im Nachbarland Bayern, in dem sich die Landesregierung beim Volksbegehren „Rettet die Bienen“ zuerst deutlich gegen die Forderungen in dem von der ÖDP initiierten Aufruf stellte und erst nach dessen Erfolg – 1,75 Mio. Menschen hatten unterschrieben – den Arten- und Insektenschutz als Thema für sich erkannte, versucht die Regierung in Baden-Württemberg noch vor dem Ende der Abstimmung die politische Kontrolle zurückzugewinnen.

## Viele Forderungen

Ende September hatten die Träger des Volksbegehrens, unter denen neben den Initiatoren von „Pro Biene“ und den großen Naturschutzverbänden NABU und BUND u. a. auch Demeter, Naturland und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) sind, mit ihrer Stimmensammlung begonnen. In dem zur Abstimmung stehenden Gesetzestext wird neben einer Ausweitung des Ökolandbaus auf 50 Prozent eine Pestizidreduktion um die Hälfte bis 2025 sowie ein generelles Pestizidverbot in Schutzgebieten gefordert. Streuobstwiesen – Baden-Württemberg ist das Bundesland mit den mit Abstand meisten davon – sollen nach dem Willen der Initiatoren unter Schutz gestellt, aber auch weiter genutzt und in ihrem Erhalt gefördert werden. Vor allem dem generellen Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten, zu denen dann auch die im Ökolandbau zulässigen Präparate zählen würden, stehen viele Landwirte ablehnend gegenüber. Betroffen wären hiervon viele intensiv bewirtschaftete Gebiete entlang des Bodensees sowie im Kaiserstuhl.

## Bauernverbände reagieren

Anfang Oktober haben der Badische Landwirtschaftliche Hauptverband und der Landesbauernverband in Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Badischen Weinbauverband und dem Landesverband Erwerbsobstbau ihrerseits einen Volksantrag „Gemeinsam unsere

Umwelt schützen in Baden-Württemberg“ beim Landtag eingereicht. Sie fordern vom Landtag ein Bekenntnis zur heimischen Landwirtschaft, fordern unter anderem keinen Biotopschutz für Streuobstflächen und statt eines Verbots von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten eine fachlich fundierte und wirkungsvolle Pflanzenschutzmittelreduktionsstrategie. „Schon jetzt“, so Frieder Thomas, Geschäftsführer der AbL Baden-Württemberg, „ist das Volksbegehren Artenschutz ein großer Erfolg. Es ist gelungen, eine breite Diskussion zum Thema Insektensterben und Pestizidreduktion zu entfachen.“ In dem jetzt vorgelegten Eckpunktepapier des Ministeriums sieht er einen großen Schritt hin zu einer gemeinsamen Lösung. Konkret formuliert das Papier der Landesregierung ein Verbot von Pestiziden nur in Naturschutzgebieten ab dem 1. Januar 2022. In Landschaftsschutzgebieten, den Natura-2000-Gebieten, in den Kern- und Pflegezonen der Biosphärengebiete, in gesetzlich geschützten Biotopen und bei Naturdenkmälern, die alle auch Schutzgebiete sind, soll auf intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen künftig nur ein restriktiver Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erlaubt sein. Gleichzeitig wird eine Pestizidreduktionsstrategie bis 2030 für chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel um 40 bis

50 Prozent in der Menge angekündigt. Begleitet werden soll dies durch unterschiedliche Förder- und Beratungsmaßnahmen. Auch die Forderung nach einem Ausbau des ökologischen Landbaus nimmt das Eckpunktepapier auf, geht aber mit 30 bis 40 Prozent bis 2030 nicht wirklich über das im Koalitionsvertrag festgesetzten Ziel von 30 Prozent hinaus.

## Handlungsfähigkeit behalten

Als Reaktion auf das Eckpunktepapier und das damit verbundene Diskussionsangebot der Landesregierung haben die Initiatoren das Volksbegehren bis Mitte Dezember unter der Bedingung ausgesetzt, dass wesentliche Eckpunkte bis dahin konkretisiert werden. Den Willen zum gemeinsamen Handeln betonte Tim Kiesler, Vorstand von Demeter Baden-Württemberg, „Die biologische Vielfalt ist das Kapital zukünftiger Generationen, ohne Bienen und Insekten gibt es keine Landwirtschaft. Wir wollen aber Zielkonflikte zwischen Naturschutz und bäuerlichen Existenzgrundlagen nicht kleinreden – nur im Dialog mit allen Interessengruppen kann der Artenschutz konsequent vorangebracht werden. Daran wollen wir jetzt weiter mitwirken.“

mm



Auch ein Punkt im Volksbegehren

Foto: Holst

## Ernte No-Deal

Weil saisonale Arbeitskräfte fehlen, können tausende Tonnen Äpfel, Beerenfrüchte und Bohnen in Großbritannien nicht geerntet werden. Nach Angaben der Landwirte kamen im Oktober mindestens 30 % weniger Erntearbeiter als noch im letzten Jahr, obwohl viele Anbauer versucht hatten, Arbeitskräfte in osteuropäischen Ländern direkt anzuwerben. Nach Angaben des Handelsfachblattes *The Grocer* beendeten eine Reihe von Anbauern wegen fehlender Arbeitskräfte die Ernte sechs Wochen früher als geplant. Ein Landwirt sagte, er habe in einer Woche 87.000 Schalen Himbeeren nicht auf den Markt bringen können, weil ihm 100 Arbeitskräfte fehlten. Ein anderer Anbauer in derselben Region konnte die Hälfte der angebauten Heidelbeeren und Bohnen nicht ernten. Der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft begann 2013, als die Regierung das Visaprogramm für Saisonarbeiter aus außereuropäischen Ländern einstellte. Die mit dem britischen EU-Austritt verbundene Unsicherheit und der Kaufkraftverlust des Pfund Sterling gegenüber dem Euro haben Großbritannien für osteuropäische Arbeitskräfte zunehmend unattraktiv gemacht. ml

## Dialog oder Nicht-Dialog als Stimmungsmache

In einer Presseerklärung schreibt der Deutsche Bauernverband: „Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) hat die Einladung des Deutschen Bauernverbandes zu einem Gespräch über die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland abgelehnt. „Dass Bundesumweltministerin Schulze nicht zum Dialog mit den Bauern bereit ist, müssen wir als geringe Wertschätzung der Landwirte, ihrer berechtigten Sorgen und vor allem des Prinzips des kooperativen Naturschutzes werten. Wir Landwirte sind offen für den Insekten- und Naturschutz und wollen uns mit Klima- und Umweltleistungen noch stärker einbringen. Dabei setzen wir auf Kooperation statt auf Auflagen und Verbote, die demotivieren und kontraproduktiv für den Naturschutz sind“, sagt DBV-Präsident Joachim Rukwied. Darauf antwortete Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesumweltministerium auf Twitter: „Lieber Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied, leider entwickeln Sie sich immer mehr zum polemischen Spalter. Wir sind nie dem Dialog aus dem Weg gegangen. Und wenn die Ministerin verhindert ist, wird sie ein andermal zur Verfügung stehen. Diesmal komme ich.“ cs

## Trockentoleranter Mais abgelehnt

Das südafrikanische Landwirtschaftsministerium hat der Maislinie MON87460 X MON89034 X NK603 der Firma Monsanto eine Absage erteilt. Der Mais ist mit einer Insekten- (MON89034) und Glyphosatresistenz sowie mit einer Trockentoleranz (MON87460) ausgestattet. Das Ministerium lehnte die Zulassung zum Anbau ab, da Feldversuche in Südafrika zeigen, dass der Mais unter Wassermangel keine besseren Erträge bringt. Zudem seien die Erträge insgesamt inkonsistent, teilweise sei die Monsanto-Sorte schlechter als die konventionellen Vergleichssorten. Es gebe auch keinen Beweis dafür, ob der Mais wirklich gegen Insekten resistent sei. In der finalen Entscheidung heißt es, dass „das Trockenheitstoleranzgen im GV-Mais unter wasserlimitierenden Bedingungen keinen Ertragschutz bietet“. Bereits im Oktober 2018 hatten die südafrikanischen Behörden die Anbauzulassung verweigert. Dagegen hatte Monsanto Beschwerde eingelegt, diese wurde nun abgelehnt. Für das afrikanische Zentrum für Biodiversität (ACB) und andere afrikanische zivilgesellschaftliche Organisationen ist die Entscheidung ein großer Erfolg, da Monsanto und die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung seit längerem versuchen, sich mit der angeblichen „Dürretoleranz“ afrikanische Märkte zu erobern. av

## Bauernhöfe retten mit EU-Agrarwende!

Am 22. Oktober demonstrierten 1000 Menschen – Bäuerinnen und Bauern im Schulterchluss mit der Zivilgesellschaft im Bündnis von „Wir haben es satt“ – vor dem EU-Parlament in Straßburg für eine nachhaltige EU-Agrarreform. Vor dem Parlamentsgebäude machen die Teilnehmer aus 15 europäischen Ländern deutlich: Mit den Fördergeldern aus der EU-Agrarpolitik (GAP) müssen künftig kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe fit für die Agrarwende gemacht werden. Die 60 Milliarden Euro pro Jahr, über deren Neuverteilung die EU gerade verhandelt, müssen den Bauernhöfen Anreize für mehr Tier-, Umwelt- und Klimaschutz bieten. Saskia Richartz, Sprecherin des Bündnisses, sagt: „Mit den Agrar-Subventionen kann die Landwirtschaft in den nächsten Jahren klimafreundlich umgebaut werden. Enkeltaugliche Agrarpolitik heißt: Fördergelder nur noch für bäuerliche Betriebe, die Umwelt und Klima schützen, Tiere artgerecht halten und gutes Essen für uns alle herstellen!“ Bauern und Bäuerinnen aus Frankreich und Deutschland führten mit ihren Traktoren den Demonstrationszug ins Straßburger Zentrum an. Angekommen am EU-Parlament übergaben die Demonstranten ihre Forderungen an die Parlamentarier und machten mit einem „Die-In“ auf die alarmierende Lage von Landwirtschaft, Umwelt und Klima aufmerksam. cs

## Klima, Wasser, Gülle

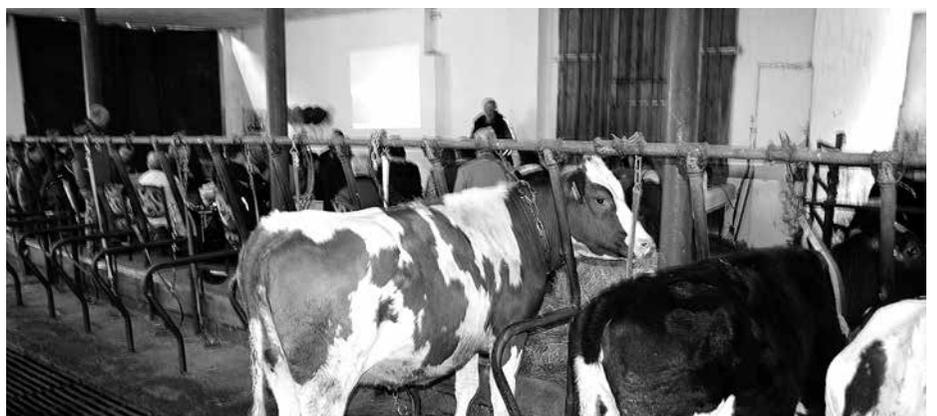
Die bodennahe Ausbringung allein löst die Probleme nicht

Mit der neuen Düngeverordnung (DüVo) wird auf Acker schon im kommenden Jahr und auf Grünland ab 2025 eine bodennahe Ausbringung verpflichtend. Dabei hat nach Untersuchungen, die Jens Keim von der IG gesunde Gülle bei einer Veranstaltung zu Möglichkeiten der Emissionsminderung bei Gülle auf dem Betrieb von Peter Hamel im Vogelsberg darstellte, eine bodennahe Ausbringung gar nicht die versprochene Wirkung. Die Untersuchungen jedenfalls zeigen, dass bei trockenen Bedingungen die in Streifen abgelegte Gülle zwar, bedingt durch eine schnelle Eintrocknung der Oberfläche, weniger Ammoniak freisetzt, als wenn sie mit einem Breitverteiler ausgebracht worden wäre. Beobachtet man das Verhalten aber über einen längeren Zeitraum, also auch, wenn die Oberfläche durch Niederschläge erneut verflüssigt wird, so ergeben sich im untersuchten Fall durch die „Nachausgasung“ sowohl beim Schleppschuh als auch bei der Injektion höhere Ammoniakfreisetzungen.

Die Veranstaltung fand passenderweise im Kuhstall statt. Dort erläuterte Peter Hamel, an welchen Orten innerhalb der Produktionskette wie viel Stickstoff – insbesondere das leicht flüchtige Ammoniak – freigesetzt wird. 41 Prozent entweichen bereits im Stall. Nur 16 Prozent betragen die Verluste im Lager und die Verluste bei der herkömmlichen Ausbringungstechnik sind mit 43 Prozent veranschlagt. Hamel versucht deshalb emissionsmindernde Maßnahmen schon im Kuhstall anzuwenden. Hierfür setzt er ein Gemisch aus Leonardit – ein an Huminsäuren reicher Bodenverbesserer –, Pflanzenkohle und Gesteinsmehl ein, das zweimal pro Woche der Gülle zugegeben wird. Nach seinen Erfahrungen und bisher leider nicht standardisierten Messungen gelingt es ihm auf diese Weise, sowohl die Fließfähigkeit der Gülle zu steigern als auch die Ammoniakemissionen nahezu auszuschließen. Vor dem Hintergrund der neuen DüVo kommen diese Erkenntnisse zu spät, könnte

man meinen. Allerdings gibt es im § 6 der Verordnung eine Möglichkeit, „alternative Verfahren“ zuzulassen. Explizit heißt es hier: „Als alternative Verfahren im Hinblick auf Immissionsschutz gelten auch Verfahren zur Behandlung der Wirtschaftsdünger, bei denen eine mindestens gleiche Wirkung der Ammoniakreduktion nachgewiesen wurde.“

Nur am Rande eingegangen wurde auf der Veranstaltung auf die vielen weiteren Probleme, die eine verpflichtende Schleppschuh- oder Injektionspflicht mit sich bringen würde. Vor allem kleinere Betriebe stehen vor hohen Investitionskosten, wenn sie die Eigenmechanisierung aufrechterhalten wollen. Der Rückgriff auf Lohnunternehmer bedeutet, sich von deren Auftragslage abhängig zu machen und gleichzeitig die hohen Achslasten aufgrund der großen Geräte in Kauf zu nehmen. Vor allem in hängigem Gelände, so Keim, stößt die Viertelgenauigkeit an ihre Grenzen. Ein Problem für die Futterqualität entsteht durch die zum Teil mit dem Gras „hochwachsende“ Gülle, die bei der nächsten Mahd erneut im Futter landet. Extra aus Wiesbaden gekommen war die Staatssekretärin Frau Dr. Beatrix Tappeser und demonstrierte so das Interesse der Landesregierung an einer Lösung der Probleme. In diesem Rahmen zu sehen sind auch die Untersuchungen des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen zu den Möglichkeiten, durch alternative Zusatzstoffe die Stickstoffverluste zu reduzieren. Von verschiedenen, in den letzten Schritten zur Genehmigung befindlichen Forschungsprojekten berichtete auch Prof. Andreas Gattinger von der Universität Gießen. Auch wenn derzeit noch keine abschließenden Ergebnisse vorliegen, so zeigten die Untersuchungen, Literaturrecherchen und Praxisversuche doch, dass das System Gülle in seiner Komplexität und Wirkungsweise, vor allem hinsichtlich der Emissionen, noch lange nicht verstanden ist. mn



Eine Tagung zu Gülle am Ort der Entstehung

Foto: Nürnberger

**Betriebsspiegel:**

Milchviehbetrieb mit 50 behornten Kühe plus Nachzucht, 90 ha Futterbau auf Moor und Geestböden. wenig Kraftfutter und Milchleistung, Direktvermarktung vorwiegend über die Solawi Sophienhof, Naturschutzrelevante Objekte

**V**erständnis für die Situation der Landwirte gibt es sicher, aber mit welcher Bitterkeit vehement erwartet wird, dass alles Tun und Handeln der Landwirte so akzeptiert wird, ist mir unverständlich. Der Verbraucher hat Erwartungen, und man muss ihm deutlich klarmachen, welche Produktionsweise welche Kosten verursacht und womit sich ein Preis rechtfertigt. Das ist in vielen anderen Bereichen auch relativ

offen. Billige Lebensmittel bedeuten einen hohen Einsatz von Chemie- und Pharmaprodukten, weil ein entsprechender Mehraufwand an Arbeit und Tierwohl nicht bezahlt werden kann. So muss man dann darstellen, welche Pharma- und Chemieerzeugnisse warum eingesetzt werden müssen. Es muss klar werden, dass diese Erzeugnisse in den Lebensmitteln wiederzufinden sind. Ebenso muss klar werden, dass mit viel Maissilage produzierte Milch kaum ungesättigte Fettsäuren enthält und welche Konsequenzen das in Lebensmitteln haben kann. Viele Aussagen darüber würden selbst Landwirte sehr überraschen, weil sie nicht bekannt sind oder verdrängt werden. Die Politik wehrt sich mit aller Macht gegen ein verpflichtendes und kontrol-

liertes Tierwohllabel. Wer dann mit der Verantwortung für billig produzierte Lebensmittel gut leben kann, dabei guten Absatz findet, der muss das tun. Es gibt hier in der Branche Aussagen von Landwirten wie „Das Viertel der Landwirtschaftsfamilien mit den meisten Entwicklungsreserven müsste man vom Hof jagen, damit das Land endlich mal effektiv genutzt werden kann!“ oder „In Osteuropa haben die Landwirte das Recht, mit Tieren und Menschen so umzugehen, wie sie es für richtig halten. Dieses Recht will ich hier auch.“ Beides öffentliche Aussagen von Landwirten im verantwortungsvollen Ehrenamt. Diese Aussagen sind meiner Ansicht nach rein kaufmännisch geprägt und verachten jegliches Gefühl für die Menschen, von denen sie gewählt wurden. Das ist

nicht die Welt, die ich mir für meinen Sohn und alle anderen Kinder wünsche.

Alle besseren Produktionsbedingungen und alle positiven Maßnahmen können dann mit dem QR-Code näher dargestellt werden. So muss deutlich werden, dass die Welternährung weiterhin in bäuerlicher Hand bleiben muss und dass das möglich ist, z. B. mit Gemeinwohlökonomie. Wichtig ist, dass solche Differenzierungen und Argumentationen nicht vom Handel, sondern von den Produzenten selbst entwickelt und umgesetzt werden. Aus bäuerlicher Sicht wäre das die Aufgabe des Bauernverbandes, aber der nimmt seine Aufgaben so in keinsten Weise wahr, sondern sieht seine Aufgabe in der Unterstützung der Chemielobby. Also ist von Landwirtschaftsfamilien Selbstverantwortung gefragt, nach dem Motto: Wer kämpft, kann verlieren; wer nicht kämpft, hat schon verloren. In diesem Sinne, mit positiver Ausstrahlung darstellen, was man für gute Lebensmittel tut! Beispiele gibt es genug dafür, aber die hat der Bauernverband wohl eher nicht parat. Ob Kreuze nun unbedingt das richtige Symbol sind, würde ich auch eher bezweifeln.

Jürgen Rademacher,  
27616 Beverstedt

## Warum so bitter ?

**V**ielleicht ist es ja so, dass auf den Höfen, den Betrieben, in Ställen und auf Feldern nur langweilige Sachen passieren. Alles geht seinen Gang, keine besonderen Vorkommnisse. Keine Trecker, die in nassen Löchern versinken – klar, bei den trockenen Sommern! Keine Kühe, die Drillinge bekommen, durchwachte Nächte im Stall oder einfach eine glückliche Geburt, ein neues Kalb oder junges Lamm. Wirklich nichts passiert, das man berichten könnte? Dabei war es diesen Sommer doch schrecklich heiß und trocken während der Ernte. Alles hat gestaubt, und für die Herbstsaat war es lange viel zu trocken. Es muss ja nicht gleich der Mähdrescher sein, der kurz vor dem letzten zu erntenden Feld noch in den Graben rutscht. Es kann ja auch einfach das Glücksgefühl sein, dass die Ernte geschafft ist. Das Bier am Abend, die Wurst auf dem Grill, ein gemütliches Zusammensitzen nach gemein-



## Hier könnte Ihr Text stehen!

sam getaner Arbeit. Es darf auch gerne nachdenklich stimmen: Gedanken zu aktuellen Entwicklungen, Herausforderungen und Demonstrationen; Eindrücke vom Sonnenaufgang beim Kühe holen oder von den Sorgen, weil so un-

klar ist, wohin einen die gesellschaftlichen Anforderungen treiben. Das Leben auf den Höfen ist doch so viel mehr als stupides Abarbeiten von Aufgaben. Bäuerinnen und Bauern leben ihre Arbeit. Vielleicht ist das einer

der großen Unterschiede zu der eines Angestellten in der Stadt. Bitte schickt uns Eure Eindrücke, Texte, kurze Anekdoten von den vielen kleinen und großen Erlebnissen im Alltag von Euch Bäuerinnen und Bauern!

# Eine innovative Abferkelbucht für bäuerliche Betriebe

Eigenleistungsfreundlich und leistungsstark ermöglicht sie artgerechtes Tierverhalten

**A**bferkelbuchten sind in den Ferkelerzeugerbetrieben der aufwendigste und auch anspruchsvollste Stallbereich. Einerseits sind dafür die Baukosten relativ hoch und andererseits verlangt der Abferkelstall auch relativ den höchsten Arbeitsaufwand. Letztlich entscheidet der Abferkelstall über die Zahl und Qualität der abgesetzten Ferkel. Die Frage steht im Raum, wie die künftigen Abferkelställe mit den Forderungen unserer Gesellschaft in Einklang gebracht werden, deren erklärtes Ziel die freie Abferkelung ist. Die auch nur kurzzeitige Fixierung der Sau während der Geburt und einige Tage danach in sogenannten Bewegungsbuchten ist nur ein Zwischenschritt. Im Rahmen der EIP (Europäische Innovationspartnerschaft) Schwein fördert das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg die Entwicklung und Erprobung von innovativen Lösungen in der Schweinehaltung. In einem Brückenschlag zwischen landwirtschaftlicher Forschung und Praxis geht es vor allem darum, die Landwirte als wichtige Antreiber für Neuheiten zu beteiligen. Potenzielle Lösungen werden nach Umsetzung von der Universität Hohenheim und Hochschule Nürtingen auf ihre Wirksamkeit

untersucht. Als erstes, bedeutendes Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist die KW-Abferkelbucht entstanden.

## Merkmale der KW-Abferkelbucht

Die KW-Abferkelbucht hat in der Ökohaltung eine Stallfläche von 7,7 m<sup>2</sup> (3,50 x 2,20 m) plus einen Auslauf von 5,9 m<sup>2</sup> (2,70 x 2,20 m). In der konventionellen Haltung sind es nur 5,5 m<sup>2</sup> (2,20 x 2,50 m) im Sauenliegebereich plus 3,5 m<sup>2</sup> (2,20 x 1,60 m) im Kotbereich, also insgesamt 9 m<sup>2</sup> je Bucht. Durch das dreieckige Ferkelnest wird der Zugang der Ferkel zum Nest im Vergleich zum rechteckigen Nest wesentlich erleichtert. Das liegt an der Nestzugangslänge von ca. 2,20 m im Vergleich zu meist nur ca. 1,40 m bei rechteckigen Nestern. Der Verkehr zwischen Ferkelnest und Bucht ist somit immer gewährleistet, da das Muttertier den Nestzugang nicht versperren kann. Das Ferkelnest wird von der Betonwand („Kachelofeneffekt“) zwischen jeweils zwei Nestern beheizt. In dieser Heizwand sind im engen Abstand Warmwasserleitungen verlegt. Man braucht somit nur eine Heizung für zwei benachbarte Nester. Aber auch der Boden des Ferkelnestes wird über den Rücklauf der Wandheizung

auf ca. 30°C erwärmt. Das Ferkelnest hat eine Veranda, d. h. das Ferkelnest „wächst“ mit den Ferkeln. Am Anfang hat es die Größe von nur 0,8 m<sup>2</sup> und mit Veranda 1,3 m<sup>2</sup>. Für die rasche Fixierung der Ferkel im Nest gibt es einen zentralen Absperrmechanismus. In den bisher gebauten Ställen mit KW-Abferkelbuchten sind keinerlei Vorrichtungen vorhanden, um die Sauen zu fixieren. Die Betriebsleiter sehen darin keinen Nachteil. Auf Wunsch kann jedoch die Frontseite des Dreieck-Ferkelnestes als schwenkbarer Bügel gestaltet werden, um die Sau bei Bedarf kurzzeitig zu fixieren.

In der Zeit um die Geburt kann der Sauenliegebereich beheizt werden. Zu diesem Zweck sind Warmwasserleitungen parallel vor dem Ferkelnest verlegt. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass sich die Ferkel nach der Geburt auf einem auf ca. 30°C erwärmten Boden aufhalten können. Instinktiv ziehen es die ferkelnden Sauen bei der Geburt vor, auf diesem Buchtenbereich abzuferkeln. Damit die Stalltemperatur auch bei tiefen Außentemperaturen im Bereich der Geburten mindestens 20°C hat, zieht man den Vorhang zwischen Nest und Bucht ganz nach oben, so dass die Warmluft im Nest zur ferkelnden Sau gelangen kann. KW-Abferkelbuchten brauchen deshalb keinen Deckel im Sauenliegebereich, was die Übersicht erleichtert. Ein besonderer Komfort wird in Betrieben geboten, bei denen im äußeren Sauenliegebereich Leitungen zum Kühlen eingebaut sind. Bei hohen Außentemperaturen ziehen die Sauen diesen Bereich zum Abkühlen vor. Besonders einfach im Bau und im Management ist die Bodenfütterung: Weder für die Sau noch für die Ferkel ist ein Trog vorgesehen. Das Futter wird vom Muttertier beim Fressen eingespeichelt und die Ferkel werden von ihrer Mutter zum Fressen animiert. In der Bucht stört kein Trog und muss auch nicht aus irgendwelchen Gründen ausgeräumt werden. Besondere Beachtung verdient die Ausführung des Bodens. Gute Erfahrungen liegen von Böden mit Quarz-Beton-Estrich vor, in den mit einer speziellen Walze Rautenmuster eingepreßt sind, damit Ferkel- und Sauenfüße den nötigen Halt haben. Das Tränkewasser für Sau und Ferkel wird in der Bucht angeboten. Im Gegensatz zum Wasserangebot im Auslauf braucht man keine aufwendigen Zirkulationssysteme, die trotz aller

Vorkehrungen das Risiko des Einfrierens bergen. Darüber hinaus haben die Ferkel ab dem ersten Lebenstag den vorgeschriebenen Zugang zum Wasser. Es ist wichtig, dass die Mutter-Kind-Tränke in entsprechendem Abstand von der Bodenfütterung installiert ist. Optimal ist die gegenüberliegende Ecke vom Ausgang in den Auslauf. Mit dieser Maßnahme hat jede Ecke in der Bucht eine Funktion, was Buchtenverschmutzungen vorbeugt. Die Ferkel gelangen über einen extra Ferkelschlupf in den Auslauf. Dieser ist direkt neben der Mutter-Kind-Tränke installiert. Der Boden um die Tränke hat ein Gefälle zum Ferkelschlupf, so dass verweilendes Wasser direkt in den Auslauf gelangt und die Bucht nicht vernässt. Die gesamte Bucht ist auf drei Seiten mit Abliegewänden ausgestattet. Diese reichen bis auf ca. 20 cm Höhe über dem Boden und sind ca. 15 bis 20 cm von der Buchtenwand entfernt. Sie animieren die Muttertiere, sich an den Buchtenwänden abzulegen. Das dortige Abliegen verursacht weniger Erdrückungsverluste als das buchtenmittige Abliegen. Mit Abliegewänden wird aber auch der Rundlauf der Ferkel um die Sau in den ersten Lebenstagen gesichert (Ferkel haben in den ersten Lebenstagen keinen „Rückwärtsgang“). Im Auslauf mit fünf Prozent Gefälle nach außen sorgen punktuelle Einläufe oder auch eine Außenrinne für einen raschen Abfluss von Flüssigkeiten. Aus Gründen der Kosteneinsparung und Nachhaltigkeit sind die Buchtenwände aus sägerauem Holz. Solche Wände bieten den Sauen auch den nötigen Komfort beim Scheuern der Haut.

## Erfolgreich eingeführt

Die KW-Abferkelbucht ist seit zwei Jahren sehr erfolgreich in Ökobetrieben im Einsatz. Aufgrund der einfachen Bauweise mit entsprechenden Kosteneinsparungen, der optimalen Bewirtschaftung und der guten Leistungen ist sind KW-Abferkelbuchten auch für konventionelle Ferkelerzeuger interessant.

*Rudolf Wiedmann,  
langjähriger Berater für artgerechte  
Tierhaltung in Baden-Württemberg*

*KW sind übrigens die Anfangsbuchstaben der Namen der ersten Betriebsleiterfamilie, König, die die Bucht bei sich einbaute und von Berater Wiedmann*



Platz zum Säugen gegenüber des Ferkelnestes

Foto: Wiedmann

**Eigentlich ist allen klar, dass es ohne Veränderungen nicht geht, ein weiter so ist keine Option. Aber Sorge und Frust ist so groß auf den Höfen, dass der Kopf bei vielen nicht frei ist, für den Blick nach vorn. Dabei gibt es durchaus Perspektiven für bäuerliche Betriebe: in der Ausgestaltung der GAP, auf nationaler Ebene in der Mitarbeit an einem praxistauglichen Agrarpaket. Es gilt die berechtigten Interessen der Bauern und Bäuerinnen nun politisch durchzusetzen - gemeinsam mit den ebenso berechtigten Interessen von Gesellschaft, Umwelt- und Tierschützern.**



## Insektenschutz, Tierwohl und Düngeverordnung

Immer neue Anforderungen kommen auf die Landwirtschaft zu

Vor zwei Jahren wurde intensiv über einen Umbau der Tierhaltung gesprochen. Getan hat sich in der Praxis bisher wenig, auch wenn in verschiedenen Gremien Konzepte und Finanzierungsmodelle entwickelt werden. Ein Tierwohllabel, an dem schon der Vorgänger der aktuellen Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner arbeitete, soll über Haltungsbedingungen aufklären. Die EU-Nitratrichtlinie zwingt zu einem Umbau der Düngepraxis. Aber auch die Problematik der massiv zurückgegangenen Insektenvielfalt und -masse ist ein Thema, mit dem sich Landwirte aktuell konfrontiert sehen. Von den 357.582 km<sup>2</sup> Fläche Deutschlands werden mit 50,9 Prozent knapp über die Hälfte landwirtschaftlich genutzt. Zählt man die gesamte mit „Vegetation“ bestandene Fläche, also auch Wälder, Moore, Heide usw., zusammen, macht diese 83,4 Prozent des Landes aus. Auch wenn hier bei weitem die meisten Menschen leben, ist die Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 13,8 Prozent relativ klein. Die Gewässer, die auch in der Landwirtschaft aufgrund von Abstandsaufgaben immer wieder einen großen Einfluss haben, machen 2,3 Prozent der Landesfläche aus.

### Agrar und Umwelt

Ganz unterschiedliche Forderungen wurden und werden an die Landwirte herangetragen. Sie kommen zum einen aus dem Bereich des Umweltschutzes, dem es vor allem um den Schutz, den Erhalt und die Pflege der Natur, aber nur nachrangig um die Existenz der Betriebe geht. Bei den landwirtschaftlichen Betrieben hingegen stehen nicht selten die wirtschaftlichen Interessen

im Vordergrund. Internationaler Handel und der Wettbewerb mit Betrieben weltweit führen dazu, dass zusätzliche Auflagen, auch wenn sie nüchtern betrachtet nachvollziehbar sind, als existenzielle Bedrohung erfahren werden. In langen Verhandlungen haben Landwirtschafts- und Umweltministerium ein Agrarpaket beschlossen. Zentrale Punkte sind eine Erhöhung der Umschichtung in die zweite Säule von derzeit 4,5 Prozent auf 6 Prozent, die Einführung eines freiwilligen Tierwohllabels sowie ein Aktionsprogramm Insektenschutz.

Die Umschichtung in die zweite Säule soll Gelder qualifizieren, anstatt sie pauschal auf die Fläche zu verteilen. Nach Aussagen von Staatssekretär Hermann Onko Aeikens (CDU) aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium wird dies zu umgerechnet 4,50 Euro pro Hektar geringeren Direktzahlungen führen. Für den rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsminister Volker Wisling (FDP) ein „unfares Angebot“: „Die Landwirtschaft erhält unter dem Strich keinen Euro mehr, muss dafür aber zusätzliche Auflagen erfüllen.“ Qualifizierung eben.

### Mehr Tierwohllabel

Alle wollen es, aber am Markt hat es fast keine Bedeutung. Auch die vom Handel getragene Initiative Tierwohl konnte daran nichts ändern. Dabei ist allen Marktteilnehmern klar, dass die Kosten für artgerechte Haltungsformen nur durch eine Differenzierung des Angebots und damit für den Verbraucher nachvollziehbare preisliche Unterschiede an der Ladentheke zu transportieren sind. Das Tierwohllabel der

Landwirtschaftsministerin soll dies ändern. In drei verschiedenen Stufen, bei denen die Anforderungen an die Haltungsbedingungen jeweils steigen, sollen freiwillig Verbesserungen gegenüber dem gesetzlichen Mindeststandard erreicht werden. Für 2020 sind 70 Mio. Euro zur Unterstützung der Markteinführung vorgesehen. Die Kontrolle der Einhaltung der verpflichtenden Auflagen der teilnehmenden Betriebe soll von privaten Kontrollstellen übernommen werden. Nicht gut, findet der Präsident des westfälischen Bauernverbands Johannes Röhrig. Ihm fehlt ein Gesamtkonzept Tierhaltung und er beklagt, dass aktuell keine neuen tiergerechten Ställe gebaut werden könnten, verschweigt aber, dass dies vor allem für Betriebe in Intensivregionen gilt, die nicht über ausreichend Fläche verfügen.

### Insektenschutz

Eingeleitet wird ein Ausstieg aus dem System Glyphosat. Dieser beginnt schon 2020 mit einer Minderungsstrategie, durch teilweise Anwendungsverbote zum Beispiel vor der Ernte, direkt vor der Aussaat und nach der Ernte, und soll zu einer Reduktion um 75 Prozent führen. Des Weiteren sollen in Schutzgebieten Herbizide sowie „biodiversitätsschädigende“ Insektizide nicht mehr zum Einsatz kommen. Schutzgebiete sind neben FFH-Gebieten Naturschutzgebiete, Nationalparks und gesetzlich geschützte Biotope. Nach Berechnungen des Deutschen Bauernverbands seien hiervon 2,3 Mio. ha Ackerfläche und 0,87 Mio. ha Grünland direkt betroffen. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums soll die

Pestizidreduktion aber keineswegs in allen Schutzgebieten flächendeckend umgesetzt werden. „Im Aktionsprogramm Insektenschutz werden Einschränkungen vor allem für FFH-Gebiete (Schutzgebiete aus den Anhängen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) genannt. Nach den Berechnungen der Ressortforschung unseres Ministeriums sind davon ca. 160.000 Hektar Ackerflächen und ca. 1 Million Hektar Grünland betroffen. Allerdings ist davon auszugehen, dass große Teile dieser Flächen bereits heute mit Auflagen aus anderen Schutzgebietskategorien, wie etwa Naturschutzgebieten, behaftet sind“, so die Auskunft des Ministeriums. Eine genaue Aufstellung der betroffenen Flächen wird aktuell vom Thünen-Institut erarbeitet.

Nicht im Agrarpaket enthalten, weil schon 2013 beschlossen, ist der Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz. Neben dem Ziel der Reduktion von Risiken und Auswirkungen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt, die mit der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verbunden sind, soll insbesondere durch die Berücksichtigung der Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes und die Nutzung nicht-chemischer Pflanzenschutzverfahren die Abhängigkeit von Pflanzenschutzmitteln gesenkt werden. Gesetzliche Regelungen werden jetzt erarbeitet

### Düngeverordnung

Nicht Teil des Agrarpakets, aber auch mit vielen Veränderungen für die Betriebe verbunden, sind die sich seit langem ankündigenden und immer wieder

Fortsetzung auf Seite 14 unten

# Ehrgeizige EU-Agrarreform ist Alternative zu Ordnungsrecht

Mit EU-Geldern lassen sich Leistungen für Umwelt und Artenvielfalt gezielt honorieren

**E**in Grund für die überwältigend großen Demonstrationen von Bäuerinnen und Bauern am 22. Oktober in Deutschland besteht in der berechtigten Sorge, dass von Politik und Gesellschaft gewünschte Veränderungen an der landwirtschaftlichen Praxis immer mehr mit Verschärfungen am Ordnungsrecht erreicht werden sollen. Nach der Tierhaltung, die schon seit Jahrzehnten leidgeprüft im Fokus öffentlicher und medialer Kritik steht, trifft es jetzt zunehmend auch den Ackerbau bzw. die Flächenbewirtschaftung. Verlangt werden insgesamt wesentlich mehr Anstrengungen zum Schutz von Wasser und Gewässern, von Böden und Klima und insbesondere zum Schutz von Schmetterlingen, Vögeln und der gesamten Artenvielfalt in Agrarlandschaften. Der bisherige Mix aus Fachrecht und finanziellen Anreizen für freiwillige Leistungen hat zwar örtlich und regional durchaus Erfolge gebracht. Aber bezogen auf ganz Deutschland ist die Bilanz unzureichend – da hilft auch die Kritik an Messmethoden und Studienergebnissen nicht weiter.

## Finanzieller Ausgleich

Es besteht Veränderungsbedarf in Teilen der Praxis, und es wird zu Veränderungen kommen müssen. Es gibt aber gute Gründe dafür, nach anderen Wegen zu suchen, als dieses maßgeblich über Verschärfungen am Ordnungsrecht für Düngung, Pflanzenschutz, Wasserhaushalt und Naturschutz erreichen zu wollen. Werden diese Regulierungen verschärft, steigen damit die Kosten der Erzeugung. Diese höheren Kosten werden sich in offenen europäischen und internationalen Märkten, von denen gerade die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft monetär besonders profitiert hat, aber nicht in (ausreichend) höheren Erzeugerpreisen niederschlagen. Ein Entwicklungspfad „Verschärfung des Ordnungsrechts“ verringert also bei den betroffenen Betrieben das Einkommen, wobei sich der Gesetzgeber noch nicht sicher sein kann, ob die durchsetzbaren Verschärfungen auch die gewünschten Verbesserungen für Artenvielfalt usw. bringen werden. Eine Alternative zu diesem Pfad kann darin bestehen, wesentlich stärker als heute finanzielle Anreize zu geben, damit Bauern und Bäuerinnen gewünschte Leistungen für Umwelt und Artenvielfalt erbringen. Der jewei-

lige Anreiz (u.a. Förderhöhe) muss für die Betriebe finanziell attraktiv genug sein, und die honorierte Leistung bzw. die geförderte Maßnahme muss auch für das jeweilige Schutzziel die gewünschten Ergebnisse erwarten lassen, also wirksam sein. Weil die Leistungen von Betrieb zu Betrieb und auch von Fläche zu Fläche unterschiedlich sind, muss auch die Förderung differenziert sein, damit eine Anreizwirkung überhaupt entstehen kann. Eine pauschale Flächenzahlung, die unabhängig von den übergesetzlichen Leistungen je Hektar gleich hoch ist, hilft nicht, im Gegenteil: Sie sie belohnt denjenigen, der auf der Fläche am wenigsten solcher kostentreibenden Leistungen erbringt.

## Qualifizierung

Agrarpolitisch und strategisch spricht daher sehr viel dafür, die heutigen pauschal je Hektar gewährten Direktzahlungen der EU-Agrarpolitik dafür zu nutzen, um mit ihnen die gewünschten Leistungen der Betriebe gezielt, also differenziert zu honorieren. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat dazu bekanntlich ein Punktesystem entwickelt, mit dem die Leistungen anhand von Kriterien wie Vielfalt der Fruchtfolge, Anteil von Leguminosen, Anteil von Hecken und anderen Landschaftsstrukturen, Anteil von Dauergrünland und flächengebundene Tierhaltung erfasst und bewertet werden ([www.abl-ev.de/punktesystem](http://www.abl-ev.de/punktesystem)). Je mehr EU-Gelder, die heute in pauschale Flächenzahlungen gehen, hierfür eingesetzt werden, desto stärker der Effekt in der Gesamtfläche für Umwelt und Naturschutz. Profitieren werden unmittelbar die Betriebe, die heute schon Leistungen erbringen, die über das gesetzliche Niveau hinausreichen und die andererseits nicht durch Fördermaßnahmen etwa ihres Bundeslandes für Agrarumweltmaßnahmen abgedeckt sind. Das wird für einen großen Teil der Betriebe zutreffen. Für viele Betriebe wird es sich zudem lohnen, die eine oder andere Leistung zusätzlich zu erbringen, etwa an betrieblich passenden Stellen Blühflächen oder gar Feldgehölze anzulegen. Weil die Summe der Gelder begrenzt ist, wird es aber auch Verlierer geben: Betriebe, für die sich die Erbringung dieser Leistungen nicht rechnet und auch solche, die es schlicht nicht wollen. Es gehört aber zur Leistungs-Gerechtigkeit dazu, dass



Mehr Vielfalt könnte es für mehr Geld geben...

Foto: junge AbL

es Gewinner und Verlierer gibt – die gibt es beim jetzigen System nicht minder. Das beantwortet gleichwohl noch nicht die Frage, ob eine solche Verwendung der heutigen Direktzahlungsgelder für die Honorierung von insgesamt mehr gesellschaftlichen Leistungen das Gesamt-Einkommen aller Landwirte nicht schmälern wird. Die Antwort hängt stark davon ab, mit welcher Situation dieser Vorschlag verglichen wird und welche Leistungen denn alle aus diesem Topf bezahlt werden sollen.

Es ist trügerisch zu glauben, dass pauschale Direktzahlungen weiterhin in dem Umfang einkommenswirksam bleiben, wenn sie nicht zur gezielten Finanzierung von mehr Leistungen genutzt werden. Das zeigen das Aktionsprogramm Insektenschutz der Bundesregierung ebenso wie die Volksbegehren in Bayern, Baden-Württemberg und andernorts. Wenn die Förderpolitik nicht deutliche Verbesserungen für die Schutzziele bringt, geht am negativ-einkommenswirksamen Ordnungsrecht kein Weg vorbei. Und was Ordnungsrecht ist, ist nicht mehr wirklich einfach zu fördern.

## Aktiv Umsteuern

Wenn Bäuerinnen und Bauern, Verbände und Agrarpolitiker es als Wert ansehen, selbst gestalten zu können und mit Anreizen Leistungen belohnen zu können, anstatt sich von anderen

Akteuren Verschärfungen im Fachrecht aufzwingen zu lassen, dann sollten sie die aktive Umsteuerung der Förderpolitik verstärkt und ehrgeizig angehen. Gleichzeitig ist es richtig und berechtigt, für den ebenfalls notwendigen Umbau der Tierhaltung neue, zusätzliche Finanzierungsquellen zu eröffnen, zumal es allein hierfür um einen Mittelbedarf von mittelfristig drei bis fünf Milliarden Euro pro Jahr in Deutschland geht. Das entspricht in etwa der Summe der heutigen EU-Direktzahlungen in Deutschland. Beides zusammen – die geforderten Änderungen in der Tierhaltung und die Änderungen in der Flächenwirtschaft – sind also nie und nimmer aus den Geldern der EU-Agrarpolitik zu bezahlen. An Vorschlägen zur Finanzierung für die Tierhaltung arbeitet das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung unter dem CDU-Minister a.D. Jochen Borchert. Es ist dann naheliegend, zur Honorierung flächenbezogener Umweltleistungen der Betriebe in Zukunft die Gelder der EU-Agrarpolitik zu nutzen und sie gerechter zu verteilen. Der AbL-Vorschlag ist dafür nach wie eine wertvolle Grundlage.

Ulrich Jasper,  
AbL-Geschäftsführer

# Soziale Frage mit beantworten

Gesellschaftliches Bündnis fordert Landwirtschaftskommission

Es geht nur gemeinsam, das war die eindruckliche Botschaft, die von der, vor dem Hintergrund der angekündigten Proteste in Bonn, eilig zusammengerufenen Pressekonferenz des Bündnisses ausging. AbL, BUND, Greenpeace und Brot für die Welt hatten eingeladen, um deutlich zu machen, dass es nicht nur Wut und Frustration in der Landwirtschaft gibt, sondern auch Ideen und Allianzen, die die berechtigten Forderungen von Wissenschaft und Gesellschaft nach mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz in Einklang bringen mit einem auskömmlichen Wirtschaften auf bäuerlichen Betrieben. Für die AbL machten Martin Schulz, Ottmar Ilchmann und Bethi Fresen als Bauern und Bäuerin deutlich, warum nach den Berufskollegen in Holland nun auch in Deutschland Bauern und Bäuerinnen auf die Trecker steigen, um ihrem Unmut Luft zu machen. „Jahrelang schon sind sie Spielball der Politik“, sagt Fresen, sie verstehe den angestauten Frust. Die Si-

gnale aus Politik, Wissenschaft und Beratung seien immer gewesen: Spezialisierung, Weltmarkt, Kostenführerschaft erringen, beschreibt auch Martin Schulz, „Artenschutz war nicht Inhalt der landwirtschaftlichen Ausbildung“. Bauern und Bäuerinnen hätten immer nur auf den Markt reagiert und doch kaum was dabei verdient, „jetzt fühlen sie sich verraten“. Schließlich verlangten nun die, die sie immer in die eine Richtung geschoben hätten, Bewegung in eine andere Richtung. „Es ist keine Frage, dass die Anforderungen der Wissenschaft und der Gesellschaft gerechtfertigt sind“, so Ottmar Ilchmann, „es muss uns Bauern aber beispielsweise durch eine entsprechende Preispolitik wirtschaftlich ermöglicht werden, sie zu erfüllen.“ Hinzu komme bislang ein System der EU-Agrarpolitik, das mit seinen Subventionen jeden Hektar gleich fördere, so Schulz, der auf kleinstrukturierten, vielfach Naturschutzflächen ganz anders wirtschaftet als ein Ackerbauer auf 80-ha-Schlägen

irgendwo in der Börde. „Die AbL hat einen Vorschlag für die Umgestaltung der EU-Subventionen eingebracht, der die Förderung an die Erbringung von Leistungen für Umwelt- und Tierschutz bindet, vielfältige Fruchtfolgen, Weidewirtschaft, kleinstrukturierte Schläge, all das, was die Gesellschaft sich wünscht“, mahnt Bethi Fresen in Richtung der Verhandler nach Berlin und Brüssel. Sie verstehe den Frust der Berufskollegen. Gleichzeitig ist sie nicht zum Demonstrieren auf den Trecker gestiegen. „Mir fehlen die Forderungen, eine Botschaft positiv nach vorne.“

## Luft zum Atmen

„Über Jahre“, so sagt es Martin Hofstetter von Greenpeace, „wenn nicht Jahrzehnte, ist die Politik die Probleme nicht angegangen.“ Hätte es vor zehn Jahren bereits eine vernünftige Düngeverordnung gegeben, „würden wir jetzt nicht über rote Gebiete reden“. Gleiches gelte für Veränderungen in der Tierhaltung. Die Verordnungen auf EU-Ebene gebe es lange, aber der Bauernverband und auch die Politik hätten den Bauern und Bäuerinnen immer signalisiert: Wir schützen euch vor Veränderungen. Dabei gelte es endlich reinen Wein einzuschenken. „Die nötigen Veränderungen werden enorm sein müssen, um wirklich etwas für Biodiversität, Wasserschutz und Klima zu erreichen“, so Hofstetter. „Wir setzen mit unseren Partnern in aller Welt auf

ein agrarökologisches System“, machte Francisco Mari von Brot für die Welt deutlich. Daran müsse sich auch die europäische Landwirtschaft orientieren, „schließlich exportieren wir nicht nur Waren, sondern auch das europäische Agrarmodell“. Es müsse so funktionieren, dass nicht nur die Bauern wirtschaften könnten und die Umwelt geschützt werde, sondern man müsse auch – man sei schließlich eine christliche Hilfsorganisation – internationalen Partnern „die Luft zum Atmen lassen“. Auch deshalb sehe man die Exportorientierung der europäischen Agrarpolitik und Handelsabkommen wie Mercosur kritisch.

## Integrieren, nicht segregieren

Auch die Naturschützer seien frustriert, entwickelte sich doch immer mehr Landschaft in den letzten Jahren auseinander in einerseits Schutzgebiete, in denen Auflagen unter Umständen den Bauern und Bäuerinnen das Leben schwer machten, und andere Regionen, in denen das agrarindustrielle Modell weitestgehend unbehelligt die Situation für Biodiversität und Wasserschutz eher verschlechtert habe, erläuterte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. „Wir müssen wieder mehr integrieren, nicht segregieren“, so seine Analyse, es brauche die Entwicklung eines gesellschaftlichen Leitbildes, welche Landwirtschaft gewollt sei. Aus Sicht des in Berlin vertretenen Bündnisses sei es eine multifunktionale. „Auch die Gesellschaft will vielfältige Landschaften, Kühe auf der Weide, keine Monokulturen“, so Weiger. Darauf müsse nun die Politik reagieren. Deshalb formulierte das Bündnis in Berlin die Forderung nach einer Landwirtschaftskommission mit allen Beteiligten, um zu einem gesellschaftlichen Konsens zu kommen, wie in Deutschland zukünftig Landwirtschaft betrieben werden soll. Es gelte, klare Rahmenbedingungen, Zielvorgaben und finanzielle Förderung für die Bauern und Bäuerinnen zu entwickeln, damit diese die Ziele auch erreichen könnten. „Nötige Transformationsprozesse, wie beispielsweise auch beim Ausstieg aus der Kohle, müssen immer auch die soziale Frage beantworten, sonst können sie die Probleme nicht lösen“, sagte Hubert Weiger. „Deshalb müssen wir nun mit allen, aber eben auch den Bauern und Bäuerinnen ernsthaft diskutieren.“ cs

## AbL-Positionen zu Bauernprotesten

„Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ist davon überzeugt, dass es einen gemeinsamen Weg gibt, der die berechtigten Interessen der Gesellschaft nach mehr Umwelt- und Tierschutz und das wirtschaftliche Auskommen bäuerlicher Familien verbindet und produktiv umsetzt. Die Bundesregierung muss endlich auf diesen Weg einschwenken und belastbare Zukunftsperspektiven im gesamtgesellschaftlichen Konsens eröffnen“, heißt es in dem Positionspapier „Veränderungen sind notwendig, müssen für uns Bäuerinnen und Bauern aber auch umsetzbar sein und bezahlt werden“, welches die AbL anlässlich der Bauernproteste vorgelegt hat. Darin liefert die AbL konkrete Forderungen für die Umgestaltung der Agrarpolitik in der EU, wie auch in Deutschland.

Das Papier sowie die Unterlagen zur gemeinsamen Pressekonferenz finden sich unter: [www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de)



Auch viele junge Leute kamen zur Demo am 22. Oktober nach Bonn

Foto: Volling

## Holland in Not

Bauern und Bäuerinnen in den Niederlanden protestieren martialisch

Hollands Bauern und Bäuerinnen gelten als nicht besonders zimperlich, wenn es um die Vertretung ihrer Interessen geht. Das stellten sie einmal mehr in den zurückliegenden Oktobertagen unter Beweis. Begonnen hatte alles mit einem Urteil des obersten Gerichtes und dem Bericht einer Regierungskommission zur „Stickstoffproblematik“. Die Niederlande haben – ähnlich wie die viehintensiven Regionen in Deutschland – schon seit Jahren Probleme mit Überschreitungen von Nitrathöchstwerten im Grundwasser. Auch ähnlich wie in Deutschland wehrt sich der landwirtschaftliche Berufsstand seit Jahren gegen wirkungsvolle Veränderungen, es gab aber einen laufenden Aktionsplan. Den kassierte das oberste Gericht in Den Haag und versagte damit den niederländischen Provinzen, neue Baugenehmigungen für weitere Stickstoffemissionen ausstoßende Bauprojekte – dabei geht es nicht nur um Ställe – auszugeben, wenn nicht gleichzeitig an anderer Stelle die Emissionen reduziert würden. Auch die staatliche Kommission zur „Stickstoffproblematik“ des Landwirtschaftsministeriums forderte drastische Maßnahmen zur Reduzierung von N-Emissionen. Daraufhin sprach ein Vertreter der mitregierenden Partei 66 von der Notwendigkeit, den Viehbestand in den Niederlanden um die Hälfte zu re-

duzieren. Zwar widersprach ihm Landwirtschaftsministerin Carola Schouten, aber da war die Büchse der Pandora bereits geöffnet. Maßgeblich zwei vom Bauernverband LTO unabhängige Organisationen, die „Boerenactie“ und die „Farmers Defence Front“ – letztere hatte sich gegründet, nachdem im Frühjahr Tierschützer einen Sauenstall besetzt hatten – mobilisierten zu einer Großdemo nach Den Haag. Am 1. Oktober legte der größte Stau des Landes mit über 1.000 km den morgendlichen Berufsverkehr durch 2.200 Trecker auf den Autobahnen lahm. Auf der Kundgebung auf dem Malivelt, einer zentralen Festwiese in Den Haag, mussten sich Politiker aus der Regierung (D66) wie auch der Opposition (GroenLinks) ausbuhlen lassen.

### Dilemma

Die Bauern hätten es satt, sich von Städtern mit zwei Blumentöpfen auf dem Balkon etwas vorschreiben zu lassen, formulierte es einer der Organisatoren. Gleichzeitig beklagen die Bauern und Bäuerinnen den mangelnden Respekt in der Gesellschaft. Trotz dieser Vorwürfe genießen sie mit ihren Aktionen großen Rückhalt in der niederländischen Bevölkerung für ihre Anliegen, sammelten beispielsweise in kurzer Zeit über 100.000 Euro an Spenden. Gleichzeitig fordert auch die niederländische



Alles dicht in Groningen

Foto: Uken

Gesellschaft Verbesserungen in Sachen Klima- und Tierschutz ein. Aus alldem entsteht ein offensichtliches Dilemma für die Politik. Eigentlich hatten die Bauern und Bäuerinnen von dieser gefordert, bis Mitte Oktober zu handeln, schon vor Ablauf dieser Frist fuhren sie allerdings erneut mit den Treckern los – diesmal vor die Regierungsgebäude in mehreren Regionalprovinzen. Vier Provinzen nahmen die Baustopps zurück, was Kritik von Regierungsmitarbeitern auf sich zog, die argumentierten, es sei ein fatales Signal, beim ersten bisschen Protest sofort klein beizugeben. In der Provinzhauptstadt Groningen lenkte die Regierung nicht ein. Die wütenden Bauern und Bäuerinnen brachen mit einem Frontlader die Tür zum Regierungsgebäude auf und versuchten hineinzustürmen. Schon zwei Tage später fuhren erneut rund 4.000 Trecker nach

Den Haag, wieder kilometerlange Staus auf den diesmal durch die Polizei – zum Teil mit Hilfe des Militärs – abgeschirmten Autobahnen verursachend. Das erste Ziel war das Amt für Umweltschutz, deren Messwerte und Prognosen zur Nitratproblematik von den Bauern und Bäuerinnen angezweifelt werden. Danach ging es wieder auf das Malivelt; den Binnenhof, Sitz von Parlament und Regierung, hatte die Armee mit schwerem Gerät abgeriegelt. Auf der Kundgebung sprach aus der Politikerriege diesmal der Rechtspopulist Geerd Wilders, der schon vorher seine Solidarität mit den Anliegen der Bauern und Bäuerinnen betont hatte. Der Ton auch der Bauern und Bäuerinnen ist inzwischen oft rau und säbelrasselnd, vermittelnde Stimmen und Vorschläge sind eher selten. cs

Fortsetzung von Seite 11

verschärften Änderungen der Düngerverordnung (DüVo). Seit 1991 gibt es die für alle Mitgliedsstaaten verpflichtende EU-Nitratrichtlinie. Die Anforderungen wurden in Deutschland lange ignoriert. 2016 ist Deutschland dafür von der EU verklagt worden und hat verloren. Etwa zeitgleich zum Verfahren begann man mit einer Überarbeitung der Düngegesetzgebung und einer Neuauflage der DüVo. Allerdings reichten der EU-Kommission die eingereichten Vorschläge nicht. Zweimal wurde nachgebessert, immer vor der Drohkulisse, dass, sollte es keine einvernehmliche Lösung geben, auf Deutschland Strafzahlungen in Höhe von über 800.000 Euro täglich zukämen. Die letzte, nochmals verschärfte Version wurde im September an die EU übermittelt. Zentrale Punkte sind der Ersatz des Nährstoffvergleichs durch

eine flächenscharfe Aufzeichnungspflicht der tatsächlich ausgebrachten Dünger sowie eine nochmalige Verkürzung der Einarbeitungszeit von auf Acker ausgebrachten flüssigen Wirtschaftsdüngern ab 2025 auf eine Stunde. In der Praxis macht dies, wenn die Einarbeitung nicht gleichzeitig mit der Ausbringung, zum Beispiel durch einen nachlaufenden Grubber, erfolgt, einen zweiten Traktor mit Grubber am Feld und gegebenenfalls einen zweiten Fahrer notwendig. Durch die bodennahe Ausbringung werden Nährstoffverluste reduziert, was im Gegenzug zu einer Erhöhung der Mindestwirksamkeit von Rinder- und Schweinegülle um zehn Prozentpunkte führt. Weshalb diese Regelung für Ackerland ab Februar 2020, für Grünland aber erst ab Februar 2025 gilt, ist wohl eher politisch denn logisch begründet. Darüber hinaus kritisiert Agrarexperte Friedhelm Taube von der Uni Kiel die neuen

Bilanzwerte als noch zu niedrig. Dahinter verbirgt sich eine auf den aktuellen Tierbestand bezogene, sich immer weiter zuspitzende Flächenknappheit. Eher unscheinbar daher kommt der Punkt „Einführung einer Tabelle zum Phosphatdüngbedarf der Kulturen“. Dahinter steckt allerdings die zunehmende Problematik, die überschüssiges Phosphat im Grundwasser verursacht. In Niedersachsen wurden erste Phosphatregionen, analog zu den roten Gebieten bei Nitrat, festgelegt. Den Fokus hat man dabei auf die größeren Seen und Gewässer erster und zweiter Ordnung gelegt. Bisher sind nur 35.000 ha betroffen. Werden 35 mg Phosphat pro Liter im Grundwasser überschritten, so muss die Abfuhr von Düngern aus der Tierhaltung halbiert werden; wenn der Wert über 40 mg/l liegt, wird sie gänzlich untersagt. Bei derzeitigen Entsorgungspreisen von 12 bis 15 Euro/t Gülle ist dies für tierhaltende Betriebe

in der Regel finanziell nicht darstellbar. Weiterhin Bestand hat die verpflichtende Reduktion der Stickstoffgaben in den nitratbelasteten roten Gebieten um 20 Prozent im Durchschnitt der Flächen eines Betriebes. Verbesserungen gibt es hier für „gewässerschonend wirtschaftende Betriebe, die weniger als 160 kg Gesamtstickstoff und davon nicht mehr als 80 kg in Form mineralischer Düngemittel aufbringen“. Sie sind von der 20-Prozent-Regel ausgenommen. Darüber hinaus gibt es Verlängerungen der Sperrfristen auch bei Festmist und Kompost, Einschränkungen der Stickstoffgaben im Herbst und einen Katalog mit weiteren optionalen Maßnahmen, die auch von den Ländern ergriffen werden können. Begleitet werden soll die Einführung der abermalig geänderten DüVo von einem breit angelegten Monitoring, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu überprüfen. mm

# Staatliche Stellen sind keine STV-Erfüllungsgehilfen

Ein weiterer EuGH-Erfolg für Bauern und Bäuerinnen in Sachen Nachbau

Jetzt ist es amtlich: Das Amt muss keine pauschalen STV-Anfragen beantworten! Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat erneut ein weises Urteil im Sinne der Bauern und Bäuerinnen in den Auseinandersetzungen um den Nachbau gesprochen. Noch mal von vorne: Die Saatgut-Treuhandverwaltungs-GmbH (STV) hatte an das Landesverwaltungsamt in Thüringen, welches für die Abwicklung der EU-Förderung zuständig ist, eine Anfrage gestellt, um sämtliche Anbaudaten der landwirtschaftlichen Betriebe im Land zu erhalten. Sie berief sich auf ihr Recht auf Information, um ihre Ansprüche auf Nachbaugebühren durchsetzen zu können. Die thüringischen Beamten weigerten sich, Daten herauszugeben und wurden von der STV verklagt. Nachdem das erstinstanzliche Landgericht in Erfurt gegen die Datenweitergabe entschieden hatte, schickte das nun von der STV angerufene Oberlandesgericht in Jena den Prozess nach Straßburg zum EuGH. Die wichtigste Vorlagefrage lautete sinngemäß: Besteht ein Auskunftsanspruch gegenüber amtlichen Stellen, der sich allein auf Arten von Pflanzen bezieht, ohne dass auch Auskünfte zu einer geschützten Sorte verlangt werden können? Es gibt eine entsprechende Verordnung, in der dem Sortenschutzinhaber die Möglichkeit eingeräumt wird, bei „mit der Überwachung betrauten“ amtlichen Stellen Informationen zu „bestimmten Arten oder Sorten“ bzw. einer „betreffenden Sorte“ – so ist es ausdrücklich formuliert – zu erfragen. Die STV beruft sich auf diese Verordnung, fragt allerdings ja nicht gezielt, sondern pauschal an, deshalb die Frage des Gerichts, wie auf eine so allgemeine Frage reagiert werden muss. In einem EuGH-Prozess nehmen dann die EU-Kommission wie auch die Mitgliedsstaaten Stellung, bevor der Generalanwalt seinen Schlussantrag abgibt und am Ende dann das Gericht entscheidet. Nur die Kommission und Spanien hatten sich zu Wort gemeldet, erstere im Sinne der STV, zweite im Sinne des Landes Thüringen.

## Falsche Logik

Der Generalanwalt bezog klar Position. „Aus diesen Bestimmungen ergibt sich auf den ersten Blick bereits ziemlich klar, dass der Sortenschutzinhaber von Landwirten und Aufbereitern grundsätzlich nur Informationen in Bezug auf Sorten verlangen und erlangen kann. Der Gerichtshof ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen, indem er diese Bestimmungen in seinen Urteilen Schulin und Brangewitz recht eng auslegt“, schreibt Generalanwalt Michal

Bobek und zielt damit auf die Einführung von „Anhaltspunkten“ und dem „qualifizierten Auskunftersuchen“ ab, was die IG Nachbau mit ihren Verfahren zur Landwirts- bzw. Aufbereiterauskunft in Straßburg durchgesetzt hatte. Vor diesem Hintergrund, so Bobek, sei es schwer zu verstehen, weshalb amtliche Stellen in demselben Regelungssystem eine weit umfassendere Pflicht zur Bereitstellung von Informationen treffen solle. „Die von der Rechtsmittelführerin (und teilweise von der Kommission) vorgetragene Auslegung ist insofern problematisch, als sie durch eine äußerst weite Auslegung der Durchführungsverordnung die Logik und Systematik der Grundverordnung auf den Kopf stellt: Die amtlichen Stellen würden faktisch die Standard-Adressaten für Auskunftersuchen, sowohl in Bezug auf Sorten als auch auf Arten.“

## Klares Urteil

Gleichzeitig könne „nicht außer Acht gelassen werden, dass die Sortenschutzinhaber Zugang zu Informationen erhielten, die weit über das hinausgehen, was für den Schutz ihrer Rechte des geistigen Eigentums erforderlich ist. Diese Informationen könnten möglicherweise für eine Reihe anderer gewerblicher Zwecke genutzt werden, die mit der Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen gegenüber derzeitigen Kunden nur eine sehr entfernte – oder sogar gar keine – Verbindung aufweisen“, schreibt der Generalanwalt zudem. Ein weitsichtiger Exkurs in Zeiten, in denen vielfach nur lobpreisend den Verlockungen der Digitalisierung verfallen und gar nicht gemerkt wird, dass Datenkontrolle – gerade in der inzwischen weit digitalisierten Landwirtschaft – faktisch kaum

stattfindet. Nach dem Schlussantrag war es Sache des Gerichts, ein Urteil zu finden. Das tat es Mitte Oktober und folgte dabei im Wesentlichen dem Generalanwalt. „Nach alledem ist auf die erste Frage zu antworten, dass die Verordnung dahin auszulegen ist, dass sie für den Inhaber eines gemeinschaftlichen Sortenschutzes keine Möglichkeit vorsieht, von einer amtlichen Stelle Auskünfte zur Verwendung von Vermehrungsmaterial von Arten zu verlangen, ohne dass im entsprechenden Ersuchen die geschützte Sorte, für die diese Auskünfte verlangt werden, konkret genannt ist.“ Das Gericht bezieht sich ausdrücklich auf seine Urteile zu Bauern und Aufbereitern, in denen es qualifizierte Auskunftersuchen unter Nennung von Anhaltspunkten zum Maß aller Dinge auch im Hinblick des Interessenausgleichs zwischen Züchtern und Bauern machte. Am Ende resümieren die Richter auch das noch einmal: „Insoweit ginge eine Auslegung der Verordnung dahin, dass jeder Sortenschutzinhaber eine amtliche Stelle um Auskünfte über den Anbau durch Landwirte ersuchen darf, obwohl sie geschützte Pflanzensorten weder im Sinne der Grundverordnung verwendet noch dies beabsichtigt haben, über das zum Schutz der jeweiligen legitimen Interessen des Pflanzenzüchters Notwendige hinaus.“ Georg Janßen, Geschäftsführer der AbL und der IG Nachbau, kommentierte das EuGH-Urteil: „Für uns ist klar: Eine GmbH aus Bonn darf nicht auf Daten einer staatlichen Behörde zurückgreifen, um ihre Geschäftsziele zu erreichen und Nachbaugebühren für unser Saatgut zu kassieren. Dies sieht das höchste europäische Gericht genauso.“ CS



Der Amtsblick in die Drillmaschine bleibt der STV verwehrt

Foto: Lemken



## Ansagen an das Patentamt

50 Organisationen, unter anderem die AbL, unterstützen eine Sammeleinwendung, die über 25.000 Einzelpersonen unterschrieben haben, mit der Aufforderung an das Europäische Patentamt (EPA) sicherzustellen, dass alle in der konventionellen Züchtung angewandten Verfahren sowie alle Pflanzen und Tiere, die aus diesen Verfahren hervorgehen, keinen Patentansprüchen unterliegen. Kurz vorher hatte das Europäische Parlament mit großer Mehrheit eine Resolution gegen die Patentierbarkeit von Pflanzen und Tieren verabschiedet. Darin heißt es, der Zugang zu genetischen Ressourcen dürfe nicht eingeschränkt werden, denn dies könne dazu führen, dass wenige multinationale Konzerne das Monopol über pflanzliches Züchtungsmaterial bekämen. Zwar regelt das Europäische Patentübereinkommen (EPO) in seinem Artikel 53 klar, dass „Pflanzensorten oder Tierrassen sowie im Wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen oder Tieren“ nicht patentierbar sind. Trotzdem hat das EPA in den letzten Jahren hunderte solcher Patente erteilt und Beschwerden dagegen immer wieder zurückgewiesen. Bis 2020 soll nun endgültig geklärt sein, wer das Sagen hat. av

# Verbraucher fordern Wahlfreiheit und Vorsorge

Kritisches Votum zu neuen Gentechnikverfahren

Teilnehmer\*innen einer Verbraucherkonferenz des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) stellten Ende Oktober ihr Votum zum Umgang mit den neuen Gentechnikverfahren vor. Ihre zentralen Forderungen lauten: „Beibehaltung des Vorsorgeprinzips“, „Sicherung der Wahlfreiheit der Verbraucher“, „Informationsfreiheit und Transparenz“, „Vorrang sozialer Aspekte vor wirtschaftlichen Interessen“, „Reform des Patentrechts“ mit dem Ziel kein Patentschutz auf Lebewesen, „Haftungsregelung für unerwartete Schäden durch den Hersteller“ sowie „Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln“.

Erarbeitet haben das Votum 20 Verbraucher\*innen, die das BfR aus einer größeren Bewerbung ausgesucht hatte. Moderiert wurden die drei Wochenenden von einem Kommunikationsunternehmen im Bereich Biotechnologie (BIOCOM AG). Am dritten Wochenende wurden 13 Expert\*innen – drei davon waren gentechnik-kritisch – zu verschiedenen Themenbereichen befragt. Daran anschließend erstellten die Teilnehmer\*innen ihr Verbrauchervotum, das allerdings am Ende nicht mehr von allen Korrektur gelesen werden konnte, so eine Kritik.

## Unabhängige Risikoforschung

Bei einer öffentlichen Konferenz des BfR stellten die Verbraucher\*innen ihr

Votum vor. Sie seien sowohl kompromisslos als auch kompromissbereit gewesen. Sie wünschten sich, dass die Ergebnisse im politischen Prozess berücksichtigt werden. Klar sei ihnen, dass globale Probleme nicht durch einzelne neue Techniken lösbar seien. Genome Editing sei ein Werkzeug, das vielfältige Möglichkeiten eröffne, für das es aber einen verantwortungsvollen Umgang brauche. Regeln seien notwendig, die auch den Erhalt der Biodiversität, den Schutz des Bodens und soziale Aspekte berücksichtigten. Es gelte die Züchtung voranzutreiben, Genome Editing sei dabei aber immer nur die zweite Wahl. Vor einer möglichen Freisetzung brauche es eine unabhängige Risikoforschung, welche auch finanziert werden müsse. Ergebnisse der Gentechnikforschung sollten offen gelegt werden. Jedes Verfahren solle gemeldet werden. Es brauche einen klaren Rechtsrahmen und eine strenge Haftung bei Schäden durch die neuen Gentechnikprodukte. Der Schutz von Mensch, Tier und Umwelt müsse Vorrang vor der Erzielung von Profit haben. Gefordert wurden eine klare Kennzeichnung der Gentechnik sowie Wahlfreiheit. Häufig werde versucht, durch die neuen Gentechnikverfahren Symptome zu beheben, statt die Ursachen anzugehen. Im Zulassungsverfahren solle geprüft werden, ob die Pflanzen nachhaltig seien, welche Aus-

wirkungen sie auf Artenvielfalt, Boden und Klima haben. Das Vorsorgeprinzip sei immer anzuwenden.

## Verkürzte Debatte

Im Anschluss an den Vortrag der Verbraucher\*innen erhielt das Publikum das ausgedruckte Verbrauchervotum und nach kurzer Lesepause kommentierten verschiedene Vertreter\*innen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Verbraucherschutz und Technikfolgenabschätzung sowie abschließend das BfR das Papier. Die Verbraucher\*innen saßen nicht auf dem Podium. Diese Vorgehensweise führte dazu, dass die Podiumsteilnehmer\*innen sich nicht mit dem Verbrauchervotum auseinandersetzten, sondern viel eher ihre (bekannten) Positionen darstellten oder sich „Rosinen herauspicken, die zum eigenen Narrativ passen“, kommentierte Daniela Wannemacher vom BUND die Diskussionsrunde. Stattdessen forderte Wannemacher das BfR und das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) auf, das Votum der Verbraucher\*innen in seiner Gesamtheit ernst zu nehmen. Auch Christof Potthof vom Gen-ethischen Netzwerk unterstrich diese Kritik: „Die BfR-Konferenz – insbesondere der Tag der Präsentation des Votums – legt den Schluss nahe, dass das Amt vor allem einen Anlass schaffen wollte, um selbst über das Thema Genome Editing zu sprechen. Wenn es ein echtes Interesse an dem Votum der Verbraucher\*innen gegeben hätte, dann wäre es ein Leichtes gewesen, diesem mehr Raum zu geben.“

## Produkt oder Prozess?

Deutlich wurde dies an einem politischen sehr brisanten Punkt. So griff Dr. Lorenz Franken, Leiter der Abteilung Gesundheitlicher Verbraucherschutz im BMEL unter anderem ein – aus seiner Sicht zentrales – „Ergebnis“ des Verbrauchervotums heraus. Die Verbraucher\*innen würden sich für einen produkt- und nicht verfahrensbasierten Ansatz in der Sicherheitsbewertung bei den neuen Techniken aussprechen. Auch bei der Vizepräsidentin der Leopoldina, Bärbel Friedrich, wurde Widerspruch deutlich. In ihrem Statement sagte sie, dass sie die Aussage der Verbraucher\*innen, dass die neuen Techniken „sehr wirkungsmächtig“ seien, sehr treffend finde. Sie seien universell einsetzbar, schnell und kosten-

günstig. Trotzdem plädierte sie dafür, kurzfristig das Gentechnikgesetz so zu ändern, dass geringfügige kleine Veränderungen am Genom und auch arteigene Veränderungen nicht reguliert werden müssten. Gentechnik bedeute für sie kein größeres Risiko oder Gefahr, sondern verschaffe neue Zukunftsperspektiven und Hoffnungen, die drängenden Probleme auch irgendwann lösen zu können.

## Verfahrensbasierter Ansatz

In der Tat ist die Frage, ob das verwendete Verfahren die Risikoprüfung des Endproduktes auslöst, einer der Hauptstreitpunkte bei der Gentechnikauseinandersetzung. Anne Markwardt vom Verbraucherzentrale-Bundesverband (vzbv) betonte in ihrem Beitrag, dass sie das Votum der Verbraucher\*innen anders lese als der BMEL-Vertreter. Die Verbraucher\*innen würden Genome Editing nicht per se ablehnen, es sollte aber ein Zulassungsverfahren und eine Risikoprüfung aller Produkte geben, die aus diesen neuen Techniken hergestellt worden seien. Auf Nachfrage der Bauernstimme sagte Markwardt, dass die Verbraucher\*innen ihrer Auffassung nach nicht dafür votiert hätten, vom verfahrensbasierten Ansatz abzurücken. Viele der Aussagen im Votum zeigten zudem erneut, was aus anderen Verbraucher\*innenbefragungen bekannt sei: Viele Menschen trauten den Versprechen der Industrie nicht, dass Gentechnik zu mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft führe. „Nach wie vor lehnt eine Mehrheit der Verbraucher\*innen in Deutschland Gentechnik auf dem Acker ab. Damit sie aber über ihre Kaufentscheidungen zeigen können, welche Art von Landwirtschaft sie unterstützen möchten, ist es wichtig, dass gekennzeichnet wird, wenn Gentechnik zum Einsatz gekommen ist. Nur so wird die Wahlfreiheit erhalten“, so Markwardt. Der vzbv begrüße deshalb das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach die neuen Gentechnikverfahren als Gentechnik anzusehen seien und im Sinne des Vorsorgeprinzips den Regeln der GVO-Richtlinie unterlägen.

*Annemarie Volling,  
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft*



Was will der Verbraucher?

Foto: Sturm/pixelio



Handelsabkommen müssen auch Urwälder schützen

Foto: Lorenzet/pixelio

## Mercosur ohne klare Regeln

Keine Handelsmöglichkeit bei Verstößen gegen das Nachhaltigkeitskapitel

Landwirtschaftsministerin Klöckner erklärte Ende August 2019 gegenüber der WELT großspurig: „Das Abkommen [EU-Mercosur] beinhaltet ein Nachhaltigkeitskapitel mit verbindlichen Regelungen. Wenn diese nicht eingehalten werden, kann es die vereinbarten Zollerleichterungen nicht geben. Da geht es auch um unsere Glaubwürdigkeit.“

Damit liegt Klöckner falsch: Das EU-Mercosur-Handelsabkommen ist kein Druckmittel für mehr Wald- und Klimaschutz in Brasilien. Das Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens, in dem Klima- und Umweltschutz sowie Vereinbarungen über die Einhaltung der Menschenrechte und Arbeitsstandards festgehalten werden sollten, ist zahnlos. Das Mercosur -Abkommen erlaubt keine Sanktionen, wenn ein Vertragsstaat die Bestimmungen des Nachhaltigkeitskapitels bricht. Denn das Nachhaltigkeitskapitel ist vom Streitschlichtungsmechanismus ausgenommen. Anders als bei allen anderen Vereinbarungen des Abkommens kann bei Verstößen gegen die Umwelt- und Menschenrechtsbestimmungen nicht der Staat-Staat-Streitschlichtungsmechanismus angerufen werden, der wirksame Sanktionen wie beispielsweise Strafzahlungen oder Handelssanktionen verhängen könnte.

Auch in den konkreten Absätzen zu Waldschutz und illegalem Holzeinschlag bleibt das Mercosur-Abkommen unverbindlich. Von „Information, Austausch und Voranbringen“ ist die Rede. Auch die deutsche Bundesregierung hat auf Anfrage bestätigt, dass es sich um einen „abgestuf-

ten dialogorientierten Durchsetzungsmechanismus“ handelt. Was fehlt, sind konkrete, bindende Vereinbarungen. Es fehlen Strafmaßnahmen, die ergriffen werden können, wenn beispielsweise illegaler Holzeinschlag erfolgt oder indigene Gruppen von ihrem Land vertrieben werden. Auch die Artikel zum Waldschutz und illegalen Holzeinschlag beinhalten keine Druckmittel, um Bolsonaros klima- und umweltschädliche Politik zu sanktionieren. Befürworter des Abkommens halten dem entgegen, dass die so genannte „Menschenrechtsklausel“ neben dem Nachhaltigkeitskapitel dafür sorgen könne, Nachhaltigkeitsstandards einzuhalten. Allerdings sucht man diese Menschenrechtsklausel, die die EU regelmäßig in ihre Handelsabkommen integriert, in den veröffentlichten Texten bisher vergeblich. Aber selbst wenn es sie gäbe, dann wäre ihre Wirksamkeit höchst umstritten und würde ihren Namen kaum verdienen: Ihre Ausgestaltung ist sehr unterschiedlich und ihre Anwendung erfolgt sehr selektiv und nur in Ausnahmefällen – zum Beispiel bei einem Staatsstreich, nicht aber bei wiederkehrenden Fällen von Menschenrechtsverletzungen – und auch dann kam es bisher nie zur Aussetzung der Handelspräferenzen. Die Bilanz für Umwelt, Klimaschutz und Menschenrechte im EU-Mercosur-Abkommen sieht also mager aus.

*Alessa Hartmann ist Referentin für internationale Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e.V.*

Weitere Infos: [www.power-shift.de](http://www.power-shift.de)

## Zu zwei Dritteln gentechnikfrei

Insgesamt seien 64,2 Prozent der von den deutschen Molkereien erfassten Milch gentechnikfrei, so die Agrarmarkt-Informationsgesellschaft (AMI), Stand August 2019. Dabei lag der Anteil der angelieferten Milch, die nach „ohne Gentechnik“-Standard erzeugt wurde, bei 60,5 Prozent. Hinzu kamen noch 3,8 Prozent Biomilch. Immer mehr Molkereien stellen ihre Produktion komplett auf „ohne Gentechnik“ um. Nun will auch die drittgrößte deutsche Molkerei Hochwald komplett auf gentechnikfreie Milch setzen. Bis Ende 2019 sollen 99,5 Prozent der anliefernden Landwirte auf gentechnikfreie Fütterung umstellen, Ende April 2020 soll die Umstellung komplett vollzogen sein. Als Grund für den Schritt nannte das Unternehmen die Anforderungen der Verbraucher und des Handels. Der Geschäftsführer des Verbandes Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG), Alexander Hissting, betonte: „Milch ohne Gentechnik ist eine unglaubliche Erfolgsgeschichte.“ Dieser Erfolg beruhe auf Transparenz, Rückverfolgbarkeit und dem dadurch entstandenen Vertrauen der Verbraucher. „Wer wie die deutsche Landwirtschaftsministerin das EU-Gentechnikrecht ändern und die neue Gentechnik ohne Kennzeichnung zulassen möchte, gefährdet diesen Erfolg und schadet großen Teilen der deutschen Lebensmittelwirtschaft“, mahnt Hissting. av

## Immer mehr Hofaufgaben in den USA

Im vergangenen Jahr mussten 13.000 Landwirte wegen Überschuldung ihre Höfe aufgeben, das ist die höchste Zahl seit 2012. Laut Angaben des Dachverbands der US-Landwirte (American Farm Bureau Federation) stieg die Zahl der Farmen, die Bankrott erklärten, zwischen Juli 2018 und Juni 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 13 %. Grund dafür sind niedrige Preise, extreme Wetterereignisse und die Handelspolitik von US-Präsident Trump. Seit dem vergangenen Jahr ist durch eskalierende Strafzölle im Handelskrieg mit China der Agrarexport fast völlig zum Erliegen gekommen. Bis dahin exportierten US-Farmer ein Drittel aller in den USA produzierten Sojabohnen sowie Nüsse, Baumwolle, Schweinefleisch und Milchprodukte nach China. Sinkende Einnahmen verschlimmern die Schuldenkrise in der Landwirtschaft. Für den Kauf von Landmaschinen müssten Landwirte oft Kredite in Millionenhöhe aufnehmen, sagte John Newton, Chefökonom bei der American Farm Bureau Federation. Ein Anwalt für Bankrottfragen erklärte, entscheidend seien in solchen Situationen die Landpreise. Sobald sie zu sinken begännen, wie das derzeit in Nebraska und Kansas der Fall ist, seien die Banken nicht mehr bereit, Kredite zu verlängern und eine Hofaufgabe sei unvermeidlich. ml

## Kalifornien: Chlorpyrifos-Verbot ab 2020

Ab dem 6. Februar nächsten Jahres wird Chlorpyrifos in Kalifornien nicht mehr erhältlich sein. Das regelt eine Absprache zwischen der kalifornischen Umweltbehörde und der Herstellerfirma Corteva Agriscience. Landwirte in Kalifornien dürfen Chlorpyrifos nach dem 31. Dezember 2020 weder anwenden noch besitzen. Chlorpyrifos wird vor allem beim Anbau von Alfalfa, Mandeln, Zitrusfrüchten, Baumwolle, Weintrauben und Walnüssen angewandt. Eine Reihe von Studien haben einen Zusammenhang zwischen dem Insektizid und verschiedenen Erkrankungen sowie einer Beeinträchtigung der geistigen Entwicklung bei Kindern nachgewiesen. Der kalifornische Umweltminister erklärte, das Abkommen mit dem Hersteller verhindere eine langwierige gerichtliche Auseinandersetzung und gebe den Anbauern klare zeitliche Vorgaben, um auf alternative Methoden der Schädlingsbekämpfung umzusteigen. ml

# Aufbruch mit Wasser und Kühllager

Bauer Sebastian Klass entwickelt mit dem Kartoffelanbau Betriebsperspektive

Zu DDR-Zeiten wurden hier häufig Kartoffeln und sogar Möhren angebaut“, sagt Jungbauer Sebastian Klass. Ausgerechnet im Dürrejahr 2018 hatte er auf dem Betrieb in Brandenburg, 40 km südlich von Berlin, den er gemeinsam mit seinem Vater nach Bioland-Richtlinien bewirtschaftet, wieder mit ein paar Hektar Kartoffelanbau angefangen. „Geerntet haben wir nicht viel – aber wir haben erste Erfahrungen mit dem Anbau auf unseren kargen Sandböden sammeln können.“ Bisher war der Roggenanbau ein wesentliches Standbein des seit über 20 Jahren ökologisch wirtschaftenden 160-ha-Betriebs. Aber die Preise schwanken stark, die Erträge auch. „Ich wollte einen Ausweg durch Direktvermarktung“, sagt Klass. Vor zwei Jahren stieß er auf ein Projekt, angeschoben durch die Fördergemeinschaft ökologischer Landbau in Berlin-Brandenburg (FÖL), das im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) über eine regionale Vermarktung von Gemüse und Kartoffeln nach Berlin mehr Wertschöpfung auf Betriebe in der Region holen will. 15 Betriebe von 13 bis 1.700 ha machen mit. Klass ist einer von denen, die in den Kartoffelanbau einstiegen. „Im ersten Jahr war alles sehr improvisiert. Wir haben schließlich mit Regnern aus dem Gar-

tenbau gearbeitet, um überhaupt noch was zu ernten.“ Entsprechend übersichtlich war der Ertrag, der provisorisch in einer Miete gelagert wurde. Gleichzeitig ließ sich die Vermarktung an regionale Kunden allerdings gut an, neben Berlin ist auch das knapp 20 km entfernte Potsdam nicht weit. Flächen des Hofes liegen an einer befahrenen Bundesstraße, dort stellte Klass Hinweistafeln auf. Auch mit Reformhäusern und dem lokalen Rewe-Händler kam er ins Geschäft. Also sollte im nächsten Jahr die Fläche auf rund 2,5 ha wachsen, der Anbau professioneller werden und vor allem die Wasserversorgung besser.

## Garten Eden

„Als ich das erste Mal auf den Hof kam und die zukünftige Kartoffelfläche sah, stand dort ein vertrockneter Kleebestand. Als ich dann Monate später wieder kam, war es ein Garten Eden“, sagt Reinhard Bade, Berater im EIP-Projekt und Altenteiler-Biokartoffelbauer. Klass hatte eine Tröpfchenbewässerung installiert, wie man sie sonst aus der Wüste Israels oder Ägyptens kennt, „und auch sonst alles richtig gemacht“, so Bade. Dabei hatte der Jungbauer vor allem Arbeit und Motivation in den Anbau gesteckt, die Technik jenseits der Wasserschläuche ist ge-

braucht zusammengekauft und -geliehen. Zwar gab es auch Schwierigkeiten bei der Bewässerung, weil die Erfahrung mit der ungewöhnlichen Technik fehlte, am Ende stand aber ein „wunderschöner Kartoffelbestand“, so Klass selber. Neun Sorten, bei denen klar war, sie müssen nach der Ernte irgendwohin. Bade hörte von einem aufgebenden Gemüsebaubetrieb, der seine Kühltechnik verkaufen wollte. Klass holte die Familie zusammen, zu der neben seinen Eltern seine Frau, eine angehende Juristin, und die beiden kleinen Kinder der jungen Leute gehören. Der Bau eines Lagers wurde beschlossen und dann ging es schnell, schließlich rückte die Ernte immer näher. „Die einzige Möglichkeit, ein kostengünstiges Kartoffellager zu bauen, war, ein vorhandenes Altgebäude auszubauen.“ So nutzte Klass die auf dem Vierseitenhof vorhandene alte Druschscheune, was baulich eine Herausforderung war: In der Scheune musste ein neuer Betonboden eingebaut werden, es mussten Durchbrüche für die Türen und den Kühlturm gemacht werden, die Ständerkonstruktion verstärkt werden. Für die Isolation kam PU-Schaum zum Einsatz. „Das ist die einzige sinnvolle Möglichkeit, diese alte Scheune zu isolieren, da der Schaum alle Ritzen und Ecken ohne Probleme erreicht“, erläu-

tert Klass. Insgesamt habe die Baumaßnahme 30.000 Euro gekostet. „Es gibt noch viel zu tun, aber das Größte steht – und nun können wir unsere Kartoffeln kühlen und bis ins Frühjahr lagern“, erzählt der 24-jährige Jungbauer. Für maximal 100 Tonnen reicht das Lager.

## Netzwerken und Beratung

Der Betrieb Klass sei ein Beispiel, sagt Reinhard Bade, dass sich auch für Höfe eine Perspektive entwickeln lasse, die nicht die besten Voraussetzungen hätten. Um Perspektiven geht es in dem EIP-Projekt denn auch umso mehr. Durch die Förderung von Netzwerken und Beratung können Ideen entwickelt und umgesetzt werden. Potential für eine stärkere Regionalversorgung des Ballungsraumes Berlin mit Gemüse und Kartoffeln ist vorhanden. „Der Markt wächst“, so Bade, auch Verarbeitungsware werde gesucht, es mangle allerdings an Infrastruktur und Distribution.

Für Sebastian Klass war auch die Erfahrung, mit Nachbarschaftshilfe innerhalb kurzer Zeit so ein Bauprojekt umgesetzt zu haben, „ein Erfolgserlebnis, das befriedigt“. Jetzt gelte es, die Vermarktung weiterzuentwickeln. cs



Einweihung des Kartoffellagers, ganz rechts Sebastian Klass



Erfurts Innenstadt voller Trecker

Foto: Meine Landwirtschaft

## Klare Forderungen zur Wahl

„Wir haben es satt“-Demo legte zeitweise Erfurter Innenstadt lahm

Vier Wochen vor den Landtagswahlen in Thüringen sorgte Ende September eine Demonstration unter dem Motto „Wir haben es satt“ – in Anlehnung an die Berliner Großdemos – in der Erfurter Innenstadt für großes Aufsehen. 1.500 Menschen schlossen sich dem Aufruf eines breiten Bündnisses zivilgesellschaftlicher Organisationen auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Mitteldeutschland an. Sie gingen für eine enkeltaugliche, zukunftsfähige Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung, Klimagerechtigkeit und gutes Essen auf die Straße. Begleitet wurden sie von Bäuerinnen und Bauern aus ganz Thüringen, die mit 51 Traktoren ein starkes Zeichen für einen Umbau der Landwirtschaft setzten und zeigten, dass sie für den nötigen, grundlegenden gesellschaftlichen Wandel in allen Bereichen von der Politik über die Wirtschaft bis hin zum Individuum bereit seien. Für die Organisatoren war die Veranstaltung ein voller Erfolg. „Vor fünf Jahren standen wir hier mit acht Traktoren“, erinnerte sich Reiko Wöllert, Geschäftsführer der AbL Mitteldeutschland.

Der aktuelle Zuspruch zeigt deutlich, dass gerade das Thema regionale Landwirtschaft in den vergangenen fünf Jahren an Bedeutung kräftig zugelegt hat. Zum „Wir haben es satt“-Bündnis gehörten: AbL Mitteldeutschland, Compact, BUND Thüringen, Thüringer Ökoherz, NABU

Thüringen, Thüringer Tierschutzbund, Solidarische Landwirtschaft, attac Erfurt, Bioland, Demeter, Deutscher Berufs- und Erwerbsimkerbund DBIB, Gää, Grüne Liga, Naturfreunde, Naturland, Slowfood, Wir haben Agrarindustrie satt und Wabenwerk.

Für die Demonstration wurden Teile der Erfurter Innenstadt gesperrt. Für die Straßenbahn am Bahnhof war zeitweise kein Durchkommen, auch der PKW-Verkehr auf dem Juri-Gararin-Stadtring kam zeitweise zum Erliegen. Bei der Abschlusskundgebung am Anger standen die PolitikerInnen von CDU, SPD, Die Linke sowie Bündnis 90/Die Grünen den Organisatoren Rede und Antwort. Das Bündnis forderte von ihnen eine Politik, die eine bäuerliche, vielfältige sowie faire Landwirtschaft möglich macht. „Nach der Wahl müssen die Weichen in der Thüringer Landwirtschaftspolitik neu gestellt werden! Wir werden die Politik an ihren Taten messen“, sagte Michael Grolm, Berufsimker und Landesvorsitzender der AbL Mitteldeutschland. „Der Ausverkauf der Landwirtschaft an Investoren ist ein drängendes Problem. Wir brauchen junge, kreative Betriebe in der Landwirtschaft, die den zunehmenden Bedarf an hochwertigen und regionalen Lebensmitteln decken können.“ Die AbL fordert seit Jahren ein Agrarstrukturgesetz, um Investorenkäufe zu regulieren.

Roland Bischof,  
AbL Thüringen

Matthias Stührowoldt erzählt:

## Beim Kühe holen

Beim Kühe Holen sehe ich  
täglich

immer wieder  
meinen Kühen zu

vorne fressend  
hinten scheidend  
langsam  
über die Weide schreitend

sie sind wie die Rechtspopulisten  
im EU-Parlament

dachte ich neulich

die leben auch nicht schlecht  
von dem

worauf sie scheißen

es gibt aber Unterschiede

meine Kühe  
mag ich lieber

## Leserbrief

## Nach der Demo

**B**in jetzt auf dem Rückweg aus Hannover. Ganz prima organisiert. Für die Treckerfahrer bestimmt ein tolles Erlebnis. Aber leider eine reine Landvolkveranstaltung unter dem Deckmäntelchen von „Land schafft Verbindung“. Alle Redner waren entweder Politiker (Lies, Otte-Kinast) oder junge Leute aus den Landvolk-Vorständen (Chr. Alswede, Holzminden und Friedrich Amme, Hannover). Nur frontaler Konfrontationskurs, wie von Landvolk- und Bauernverband gewohnt. Lösungsansätze? Fehlanzeige! Ausgewogenes Podium? Totale Fehlanzeige! Verbandsoffen? Somit auch Fehlanzeige! Liebe Organisatoren, es gehören

da auch keine Landvolkfunktionäre aufs Podium, Punkt! Aber eine tolle Veranstaltung um im Namen des Landvolkverbandes einmal massiv Bewegung in Form von Schleppern und Menschen nach Hannover zu bewegen, wovon beim reinen Landvolkaufruf vielleicht maximal 20% gefolgt wären. Ich bin aber nicht enttäuscht, denn es war ja absehbar. Solange das in Zukunft nicht wirklich „verbandsneutral“ abläuft, bin ich raus. Und tschüss!

*Christian Thiele,  
37181 Hardegsen*



In Bonn auf der Demo war der Bauernverband kaum sichtbar, in anderen Städten hingegen die dominierende Kraft  
Foto: Volling

## Leserbrief

## Zu den grünen Kreuzen auf den Äckern

**D**ie immer höheren Anforderungen an die Bauern durch das Agrarpaket, Dünge- und Tierschutzverordnung erzeugen Unmut und Zukunftsängste. Bei gleichzeitig niedrigen Erzeugerpreisen fühlen sich die Landwirte im Stich gelassen. Völlig zu Recht und so weit nachvollziehbar.

Unverständlich hingegen ist, nach dem Begleitpapier dieser Aktion: dass man ausdrücklich „keine Forderungen stellt“, stattdessen aber dem Verbraucher die Schuld in die Schuhe schiebt und überhaupt von der ganzen Gesellschaft mehr „Respekt“ einfordert.

Wozu aber so ein Protest, wenn man nicht einmal Forderungen stellt oder Verbesserungsvorschläge formuliert? Nicht zielführend dürfte auch sein, wenn man auf die einprügelt, von denen man gleichzeitig Respekt einfordert. Dadurch vertieft man die Gräben zwischen Gesellschaft und Landwirten.

Die ständig steigenden Auflagen im Natur- und Tierschutz sind vielmehr das Ergebnis einer völlig fehlgeleiteten Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte. Durch nicht vollkostendeckende Preise waren die Bauern gezwungen zu wachsen und alles „rauszuholen“ aus Mensch, Tier und Natur. Gleichzeitig wurden alle Privilegien der Bauern, die ihnen in der Vergangenheit höhere Erlöse ermöglicht haben, sukzessive abgeschafft: die Rübenquote, die Brennrechte, die Milchmengenregelung.

Alle Bemühungen des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM), z. B. die Milchmenge in der EU einzudämmen und nachfrageorientiert zu produzieren, wurden von der Bundesregierung und vom Deutschen Bauernverband verhindert.

Neben den USA ist es vor allem die EU, die durch ihre aggressive Expansionspolitik in der Landwirtschaft die

Weltmarktpreise unter Druck setzt und nicht umgekehrt, wie immer wieder behauptet wird. Diese krasse Fehldarstellung dient allein der Rechtfertigung von niedrigen Preisen und sorgt so für Milliarden Gewinne bei den Konzernen. Dies alles auf Kosten der Bauern und auf Kosten der Gesellschaft. Weil alle die langfristigen ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Folgekosten der industriellen Landwirtschaft zu tragen haben.

Wir sitzen also im gleichen Boot und müssen deshalb gemeinsam Lösungen suchen, anstatt aufeinander loszugehen. Das impliziert aber, dass die Landwirte, die die grünen Kreuze aufstellen, auch die Bereitschaft signalisieren, ihr eigenes Tun zu reflektieren, wenn man das von anderen einfordert.

Denn es ist eben nicht der Tier- und Naturschutz, der die Landwirte zum Aufgeben ihrer Höfe zwingt, sondern

die dauerhaft schlechten Preise für Fleisch, Milch und Getreide. Und die haben im Wesentlichen zwei Gründe: Überproduktion und ein eklatantes Marktmarktgefälle zuungunsten der Bauern und zugunsten der Verarbeiter, vor allem des Handels.

Beides wäre jederzeit politisch korrigierbar. Die Mehrheiten im Agrarausschuss des Bundestages sowie in der Agrarministerkonferenz der Länder liegen bei der CDU/CSU. Viele dieser Mandatsträger sind gleichzeitig Funktionäre im Bauernverband. Sie blockieren seit Jahren erfolgreich eine Agrarwende im Sinne der Bauern und der Gesellschaft. Eine Wende hin zu einer fairen Verteilung von Agrarsubventionen, mehr Ökolandbau, und mehr Schutz der Landwirtschaft vor der Übermacht der Ernährungsindustrie.

*Daniel Kießecker,  
74572 Blaufelden*

## Leserbrief

## Der Wald stirbt von unten

**I**n der Diskussion um Waldumbau, globale Erwärmung und den schmerzlichen Verlust der ach so geschätzten Fichte als Brotbaum der Forstwirtschaft wird meiner Meinung nach ein Tatbestand komplett übersehen (oder willentlich ausgeblendet): Alle Bäume produzieren neben Holz und Blättern oder Nadeln auch jede Menge Samen! Wo sind die zugehörigen Sämlinge, wo der vielschichtige Mischbestand? Ist es über Jahrzehnte immer zu dunkel, die Rohhumusaufgabe immer zu dick, der Boden immer

zu trocken? Unbemerkt von Waldbesitzern, Nordic-Walkern und spatenschwenkenden Politikern mit Hilfspaketen im Gepäck fressen sich Hirsche und Rehe (die großen braunen Knospenbeißer) durch die Waldzukunft! Wo oben die Fichten vertrocknen, danken vielerorts keine kleinen Buchen, Eichen, Tannen oder Ahorne den Lichtgewinn mit freudigem Wachstum. Im besten Fall hat sich Fichtennaturverjüngung eingestellt, aber noch eine Generation Fichte in Monokultur? Chapeau! Der Mann hat Mut ... . Wer sich ein

aktuelles Bild vom Wald und von möglichen Lösungsansätzen für das Dilemma machen will, kann getrost auf Wohlleben und Co. verzichten und zieht stattdessen den Klassiker „Rettet den Wald“ aus dem Regal. Damals gab es schon mal ein „Waldsterben“, Fichtenstangen in Reih und Glied, oben mit grün verputzt, und hegende Jäger im Trophäenwahnsinn. Auch letztere gibt es immer noch zu Hauf, aber der Waldbesitzer bestimmt (zumindest die großen direkt, die kleinen in der Jagdgenossenschaft), wer jagt! Und man

kann sich auch für Jäger entscheiden, die dem Wald mehr Aufmerksamkeit schenken, in ihm mehr sehen als nur eine grüne Kulisse fürs Jagderlebnis. Einzig, die wenigsten tun's ... . So bewahrheitet sich der Befund, den mir mein Chef schon damals in der Forstlehre aufzeigte und von dessen meistens zutreffender Richtigkeit mich viele Waldbilder überzeugten: Der größte Feind des Waldes ist sein eigener Besitzer!

*Thomas Brass,  
Niederstadtfeld*

# Nachhaltig durch Agroforst

Innovative, produktive Landnutzung mit vielfältigen Funktionen

Rund 180 Teilnehmer\*innen aus Wissenschaft und Praxis diskutierten zwei Tage lang beim 7. Forum Agroforstsysteme am 10./11. Oktober in Weißenstephan wegweisende Beispiele von Agroforstsystemen in Deutschland. Die Tagung wurde von den Bayerischen Landesanstalten für Landwirtschaft sowie für Wald und Forstwirtschaft, der AG Agroforst, der TU München und dem Zentrum Wald-Forst-Holz in Weißenstephan ausgerichtet, die Agroforst-Betriebe mit Forschung sachkundig begleiten.

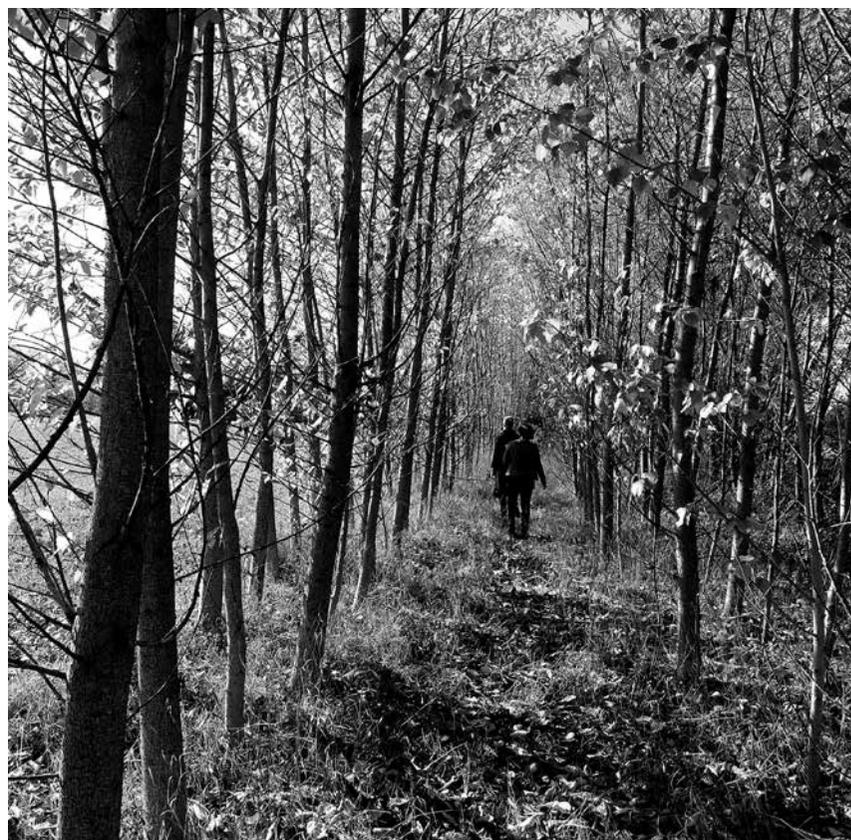
## Nahrung und Holz

In einem weitblickenden Einführungsvortrag referierte Prof. Dr. Heißenhuber, langjähriger Sachverständiger der Bundesregierung, zu einer umweltverträglichen, zukunftsfähigen Landwirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen. Philipp Weckenbrock (Uni Gießen) veranschaulichte, wie die vom Schweizer Ernst Götsch entwickelte „Syntropische Landwirtschaft“ auch in gemäßigten Breiten funktionieren kann: Sie nutzt die Dynamik natürlicher Sukzessionsprozesse, um artenreiche Ökosysteme anzulegen, die Nahrungsmittel und Holzprodukte erzeugen und die Bodenfruchtbarkeit verbessern. Zwei Beispiele hierfür sind der Gladbacherhof bei Gießen und der Hof Sonnenbach im Schwarzwald. Hier entstehen klimaregulierende Agroforstsysteme mit idealen Produktionsbedingungen für vielfältige Nahrungsmittel und Tiere. Zwei weitere Erfolgsgeschichten sind die Freiland-Hühnerhaltung in Mobilställen, umrahmt von linienhaften Kurzumtriebsplantagen, die Energieholz liefern und den Stickstoffeintrag in der Fläche gleichmäßiger verteilen, sowie die Eichelmast alter Schweinerassen

im bayerischen Iphofen, die sehr schmackhaftes, hochwertiges Schweinefleisch in tiergerechter Waldweidehaltung erzeugt. Agroforst-Berater Burkhard Kayser bot in einem Workshop konkret Gelegenheit, systematisch die Planung eines rentablen Agroforst-Betriebs anzugehen, der den Ackerbau angepasst an die individuellen Bedürfnisse durch Integration von Gehölzen und Tierhaltung aufwertet. Quirin Kern (Uni Kassel) stellte seinen Leitfaden vor, wie das Thema Agroforst in die Ausbildung integriert werden sollte: von punktuellen Vorträgen über Blockseminare als Fortbildung für tätige Landwirt\*innen bis hin zu Vorlesungen und Praxisseminaren an Berufsschulen, Landwirtschaftskammern und Universitäten.

## Förderung ermöglichen

Bislang sind in Deutschland – abgesehen von traditionellen Streuobstwiesen – keine modernen Agroforstsysteme förderfähig. Ein Anspruch auf Direktzahlungen für die gesamte Agroforstfläche besteht nur für Systeme, bei denen Gehölzflächen als „Niederwald mit Kurzumtrieb“ bewirtschaftet werden. Hierbei werden die Gehölzbereiche als formal eigenständige Kurzumtriebsplantagen betrachtet. Jedoch steht der Deutsche Fachverband Agroforstwirtschaft (DeFAF) im Dialog sowohl mit der Bundes- als auch mit Landesregierungen, damit Agroforstsysteme auch hier anerkannt werden. Die EU bietet hierzu bereits seit 2007 (Code 222) wie auch in der aktuellen Förderperiode mit dem Code M8.2 alle Möglichkeiten, welche bisher erst neun andere EU-Staaten nutzen. Die Exkursion zum Freisinger Bolland-Pionier Sepp Braun demonstrierte



Kurzumtriebsplantagen als Feldbegrenzung und Windschutz

Foto: Bickel

eine weite siebenfeldrige Fruchtfolge mit einem hohen Anteil Leguminosen und Zwischenfrüchten mit Minimal-Bodenbearbeitung auf 54 Hektar. Seine Zweinutzungshühner der Rasse „Les Bleues“ picken unter Durchwachsener Silphie. Die Milch seiner 22 rein mit Grundfutter versorgten, behornen Schwarzbunten Milchkühe vermarktet er über die eigene Hofkäserei. Agroforststreifen mit Pappeln, Silberweiden, Bergahorn, Flatterulmen und Grauerlen, die er entlang Äckern und Weiden auf zehn Hektar gepflanzt hat, binden CO<sub>2</sub>. Das Holz liefert Wärme und wird über eine Holzgasanlage als hofeigene Energiequelle verstromt; die Pflanzenkohle als Reststoff düngt zusammen mit Mistkompost seine Äcker. Die Besatzdichte mit Regenwürmern ist enorm: 40 bis 80 Tonnen fruchtbaren Boden schei-

den die Regenwürmer je Hektar und Jahr aus, das entspricht einem Bodenauftrag von ein bis fünf Millimetern. Sepp Brauns treibende Motivation ist die Einsicht, dass wir nicht so weiterwirtschaften können wie bisher: „Wenn wir nicht die Herausforderungen beim Klima-, Wasser-, Boden- und Artenschutz lösen, wer dann?“, fragt der Vater von vier Töchtern, der mit Greta Thunberg sympathisiert. Und: „Ich möchte erreichen, dass meine Ackerböden genauso fruchtbar sind wie natürliche Waldböden, die seit Jahrtausenden ohne menschliches Zutun unglaublich viel Biomasse-Wachstum haben.“

*Ulrike Bickel,  
Agrar- und Umweltwissenschaftlerin*

## Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe**  2019 Schwerpunkt: Landwirtschaft für Europa 24,00 Euro  2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 10,00 Euro, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) bzw. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

### Das wahre Landleben!

#### Bücher:

- ... 10,00 € - Wir Bauern sind anders
- ... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
- ... 11,00 € - Bauernparty
- ... 11,00 € - Nützt ja nix
- ... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- ... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- ... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- ... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

#### CD:

- ... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
- ... 10,00 € - König Silo
- ... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- ... 10,00 € - Ein Bauer erzählt

Bitte Adresse einsetzen:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

- ... 9,50 € - live im Lutterbecker
- Bodenpolitik in Ostdeutschland**
- ... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- ... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

#### Aktuelle Broschüre

- ... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

#### Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... je zzgl 5,50 € € Versand

#### Junge Landwirtschaft:

- ... 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- ... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de), oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

## (Klein) Anzeigen &amp; Veranstaltungen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Mediadaten und weitere Angaben unter:

[www.bauernstimme.de/bauernstimme/anzeige-aufgeben/](http://www.bauernstimme.de/bauernstimme/anzeige-aufgeben/)

Anzeigen bitte an: E-mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de),

Fax: 02381-492221 Anzeigenschluss für BS Dezember ist der 15. November 2019.

Chiffrezuschriften: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm



## Die Landwirtschaft von morgen

NATUREFUND

Der dramatische Rückgang der Insekten und Vögel, die Verschmutzung des Grundwassers und zwei sehr heiße und trockene Sommer zeigen deutlich, dass Veränderungen im Gange sind, auf welche die Politik, aber auch die Zivilgesellschaft Antworten finden müssen. Wir, die Naturschutzorganisation Naturefund und unsere Partner, möchten einen gesellschaftlichen Dialog starten, um gemeinsam mit Ihnen über Wege zu einer Landwirtschaft zu sprechen, die allen ein gutes und gesundes Leben ermöglicht.

Zeitige Anmeldung wird empfohlen:

22. November 2019 in *Elsfleth, Niedersachsen*

Anmeldung: [www.naturefund.de/22nov19](http://www.naturefund.de/22nov19)

30. November 2019 in *Wiesbaden, Hessen*

Anmeldung: [www.naturefund.de/30nov19](http://www.naturefund.de/30nov19)

Dauer: 10.00 – 17.00 Uhr

Der Prozess wird moderiert. Die Teilnahme ist kostenlos.

Unkostenbeitrag von 5 € für Essen und Getränke.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Kontakt: +49 611 504 58 1 011

Naturefund e. V. · Karl-Glassing-Straße 5 · 65183 Wiesbaden

[www.naturefund.de](http://www.naturefund.de)



## Herbsttagung der jAbL Bäuerliche Solidarität International

28.11.19, - 29.11.19 in Weimar

### Bundesmitgliederversammlung 2019 Bauernproteste und Ermutigung - Bäuerliche Praxis vor großen Herausforderungen

29.11. - 01.12. 019 in Weimar

Programm siehe Seite 24



## Herbsttagung Landesverband Niedersachsen/Bremen

03.11.2019, 10.15 - 16.00 Uhr, Gleichen

### So rechnet sich vielfältige Landwirtschaft!

Aus dem Programm:

- Vortrag von Frau Julia Rosa-Schleich, Agrarökologin von der Uni Göttingen mit Austauschrunde
- Infos zum Stand des Niedersächsischen Volksbegehrens
- Berichte aus dem Bundesverband und aus dem Landesverband
- Kassenbericht, Vorstandswahlen
- Verschiedenes (u.a. Dünge-VO, Frühjahrstagung 2020)

Da wir das Essen bestellen müssen, bitten wir um baldige Anmeldung im Büro Niedersachsen: [info@abl-niedersachsen.de](mailto:info@abl-niedersachsen.de) oder Telefon (04967) 5 57. Ort: ehem. Gaststätte „Zum Alten Bahnhof“, Im Dörcke 24, 37130 Gleichen-Klein Lengden. Weitere Hinweise zur Anreise unter: [www.abl-niedersachsen.de/termine/](http://www.abl-niedersachsen.de/termine/) Gäste sind herzlich willkommen!

### Frauen\*-Treffen im Norden

01.-03.11. 2019, Witzzenhausen  
Kennenlernen, vernetzen, austauschen.

Ort: Transition Town Haus, Brückenstrasse 20, 37213 Witzzenhausen, Anmeldung: [frauenabl@gmail.com](mailto:frauenabl@gmail.com)

### Milchmarkt 2030

04.11.2019, 20 Uhr, Herrieden  
„Milchmarkt 2030 im Sinne der Erzeuger mitgestalten“. Herr Dr. Philipp Groteloh (Geschäftsführer vom Milchboard) wird über

Art. 148 GMO sprechen. Anschließend Diskussion.

Ort: Gasthof Bergwirt, Schernberg 1, 91567 Herrieden

### Für ein besseres Miteinander

06.-07.11.2019, Göttingen  
Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. diskutiert auf ihrer Herbsttagung zu: Die Stellung der Landwirtschaft in der Gesellschaft – Ideen für ein besseres Miteinander.

<https://www.asg-goe.de/index.shtml>



## Tagesseminar Umbau der Schweinehaltung

13.11.2019, 9.45 - 16.00 Uhr, Pfaffenhofen

Aus dem Programm:

Hofbesichtigung - Außenklimastall mit Strohhaltung

„Bäuerliche Schweinehaltung im Spannungsfeld von Ökonomie, Tierwohl und Umweltschutz“ - Gerhard Brandmaier (BaySTMELF)  
„Wer bezahlt mehr Tierwohl? Wege zur Finanzierung einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe“ - Ulrich Jasper, AbL e.V.

„Handlungsbedarf Tiergesundheit und kritische Betrachtung Tierwohllabel (LEH und staatlich)“ - Dr. med.vet. Hermann Meiler  
Praxis- und Vermarktungsbeispiele

Das ausführliche Programm: [www.abl-bayern.info/termine/](http://www.abl-bayern.info/termine/)

Anmeldung bis 06.11.2019: Stefan Barbarino, Tel.: 089 - 66 000 256 oder e-Mail: [stefan.barbarino@arcor.de](mailto:stefan.barbarino@arcor.de)

Die Teilnahme am Tagesseminar ist kostenfrei, Essen und Getränke sind selbst zu bezahlen. Die Veranstaltung wird von der Landwirtschaftlichen Rentenbank im Zuge eines Projekts der AbL e.V. gefördert.

Veranstalter: AbL e.V., Genossenschaft Städte und Bauern, PROVIEH, Slow Food München

Hofführung/Stallbesichtigung ab 9.45 Uhr:

Weichselbaumer Michael u. Barbara, Thalhof 7, 85276 Pfaffenhofen

Veranstaltungsort ab 11.00 Uhr:

Stockerhof Pfaffenhofen, Münchener Straße 86, 85276 Pfaffenhofen

### Bits und Bauernhöfe – wie geht das zusammen?

Workshop von AgrarBündnis und Germanwatch am 06. 11. 2019 10.00 - 15:30 Uhr, taz Kantine, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin

Digitalisierung kann der Nachhaltigkeit dienen – muss sie aber nicht! Wer profitiert von Informationsflut und Datensammlung? Welche Perspektiven gibt es dabei für bäuerliche Einkommen?

Begrenzte Teilnehmerzahl! Wir bitten um baldmögliche Anmeldung: [thomas@agrarbuendnis.de](mailto:thomas@agrarbuendnis.de)



## Sächsischer Bauern- und Imkertag

20.11.2019, 9.00 Uhr, Mügeln

### Zukunftsfähige Agrarpolitik ist Politik für Bäuerinnen, Bauern, Boden, Wasser und Vielfalt

Aus dem Programm:

- Bodenfruchtbarkeit - der Schlüssel für eine regenerative und zukunftsfähige Landwirtschaft - Dietmar Näser, Grüne Brücke
- Gemeinwohleleistungen der Landwirtschaft, Aspekte für eine neue Agrarpolitik - Prof. Alois Heißenhuber, TU München
- Fish-Bowl-Diskussion: Agrarpolitik in Sachsen – Quo vadis?
- Pflanzenschutz mit Nützlingsförderung – ein Gewinn für Bauern und Imker - Dr. Anna Kossubek, Biologin,

Ort: Klostergut Sorzig Klosterstraße 16, 04769 Mügeln

Dies ist eine öffentliche Veranstaltung – alle Gäste und Interessierten sind herzlich willkommen!

Teilnahmegebühr: 15-25 € für Vorträge und Verpflegung nach Selbsteinschätzung (fast alle Zutaten aus regionalen Köstlichkeiten von AbL-Höfen). Zur besseren Planung bitten wir um Anmeldung unter:

[landbau.braun@gmx.de](mailto:landbau.braun@gmx.de)

Weitere Infos zur Veranstaltung unter [www.abl-mitteldeutschland.de](http://www.abl-mitteldeutschland.de)

### Agroforstkurs

8.11-10.11.2019, Erfurt/Bübleben  
Einführungskurs, Agroforstwirtschaft – Kennenlernen der möglichen Nutzung von Gehölzen in der Landwirtschaft. Ausbilder: Agroforstberater Burkhard Kayser, Dipl.-Ing. agr. Michael Grolm. Programm mit Infos: [www.obstbaumschnittschule.de/agroforstkurs/](http://www.obstbaumschnittschule.de/agroforstkurs/)

### Solidarische Landwirtschaft

08.-10.11.2019, Zierenberg  
Herbsttagung des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft.

Anmeldung und Infos:

[www.solidarische-landwirtschaft.org](http://www.solidarische-landwirtschaft.org)

### Neue Gentechnik-Verfahren

08.11.2019, 15 - 20 Uhr, Hamburg  
Neue Gentechnik-Verfahren – eine kritische Betrachtung. (Interne Fortbildungsveranstaltung: Für Mitglieder der norddeutschen Gentechnik-Bündnisse in Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein und AbL'er\*innen) Wir wollen uns intensiv mit den neuen Gentechnik-Verfahren bspw. CRISPR/Cas beschäftigen. Wie funktionieren sie und können sie halten, was versprochen wird?

Anmeldung unter: [volling@abl-ev.de](mailto:volling@abl-ev.de)

### AbL Roundup ≠ Glyphosat

18.11. 2019, 20 Uhr Ehingen  
Vortrag Prof. Gilles-Eric Serlini (Caen, Frankreich): Roundup ist nicht gleich Glyphosat: Wie uns die Industrie mit der Glyphosatdiskussion an der Nase herumgeführt hat - und: Neueste Ergebnisse der Glyphosatforschung – Pestizide kann man schmecken. Veranstalter: AbL und Bündnis für eine agrogeotechnikfreie Region (um) Ulm u.a. Eintritt frei - Spenden erbeten.

Ort: Ehingen-Berg im Gasthaus „Rose“

### AbL Pflanzenkohle

25.11.2019, 20 Uhr, Oberhausen  
„Einsatz von Pflanzenkohle in der Landwirtschaft – Tierwohl, Boden- und Klimaschutz, Güllebehandlung. Vortrag und Diskussion mit Dr. Stefan Thiemann, Biomassehof Allgäu. Der Referent wird die verschiedenen Einsatzbereiche von Pflanzenkohle darstellen und besonders auf die Reduktion von Ammoniak und Nitrat eingehen.

Ort: Gasthaus Stroblwirt, Dorfstr. 6, 82386 Oberhausen

### Bodentag 2019 IG Boden

27.11.2019, 08.-18.Uhr, Neunburg  
„Gesunder Boden – Gesunde Lebensmittel“. Praktiker und Wissenschaftler werden um aktuelle Themen rund um die Bodenbeschaffenheit und deren Auswirkungen auf die Gesundheit von Pflanze, Tier und Mensch referieren und mit den Gästen diskutieren.

Ort: Schwarzwaldhalle, Rötzer Straße 2, 92431 Neunburg vorm Wald (Oberpfalz)

### agrimpuls

03.12.2019, Hohebuch  
Landwirtschaft bewusst leben und aktiv gestalten. Ein neues Angebot für landwirtschaftliche Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter.

Anmeldung und Infos: <http://www.agrimpuls.de/>

**AbL** Landeskontakte

**Schleswig-Holstein**

Geschäftsführung:  
Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

**Niedersachsen**

Geschäftsstelle: Gabi Geppert, Telefon: 04967 - 557; info@abl-niedersachsen.de  
Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel. 04967-334, o.ilchmann@yahoo.de  
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de  
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de  
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, juergen-rademacher@t-online.de  
Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

**Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg**

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;  
Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

**Nordrhein-Westfalen**

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de  
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657  
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

**Hessen**

Geschäftsstelle: Geschäftsstelle: Lara Göhring, Mobil: 0160/4976397; hessen@abl-ev.de  
Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, hessen@abl-ev.de  
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de  
Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

**Rheinland-Pfalz und Saarland**

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,  
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;  
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

**Baden-Württemberg**

Geschäftsstelle: Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de  
Alb-Donau / Ulm: Franz Häußler, Tel.: 07391 1268, haeussler.biolandhof@t-online.de  
Oberrhein und Vorbergzone: Wolfgang Hees, Tel.: 0176 39872928, wolfgang@hees-web.de  
Stuttgart / Schwäbischer Wald: Stefan Klett, Tel.: 0176 700 96 364, stefan\_klett@gmx.de  
Westlicher Bodensee: anneliese Schmech, Tel.:07553 7529

**Bayern**

Landesverband: Gertraud Angerpointner, Tel.: 08656 393, fuermannalm@web.de; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de  
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de  
Chiemgau-Inn Salzach: Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393  
Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de  
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de;  
Allgäu: Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; abllallgaeu@gmx.de,  
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,  
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
Franken: Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,  
Erding-Ebersberg: Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi\_reindl@gmx.de;  
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de,

**Thüringen**

Thüringen: Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel: 036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Tel.: 0361 - 21847159, Linderbacherstraße 12- u. 14, 99098 Erfurt-Bußleben, m.grolm@gmx.de

**Sachsen-Anhalt**

Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Balgstädt, Tel: 034465/21005, sachsen-anhalt@abl-ev.de

**Sachsen**

Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.braun@gmx.de; Stephan Kaiser, Talstr. 2b, 01723 Helbigsdorf, Tel: 035209/18477, Email: kontakt@beerenbunt.de

**DEMO**  
WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!  
**TRECKER FAHREN**  
**IST POLITISCH**

Bleibt auf dem Lande  
und wehret euch täglich  
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

**18. JAN.**  
**BERLIN**



Bauerntreffen  
am Vorabend  
StadtGut  
Blankenfelde

**UNSER ANGEBOT AN POLITIK UND GESELLSCHAFT:**

Wir praktizieren bis 2035 flächendeckend umwelt- und klimaschonenden Ackerbau und halten unsere Tiere artgerecht, wenn hierfür endlich ein klarer politischer und wirtschaftlicher Rahmen geschaffen wird. Die Zeit ist reif zu handeln!

[WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE/TRECKER](http://WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE/TRECKER)

Anmeldungen & Infos bei Phillip Brändle, 0163-9709645, braendle@wir-haben-es-satt.de

**Impressum**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Marcus Nürnberg: 02381-492220  
Claudia Schievelbein: 02381-492289  
FAX: 0 2381/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 0 2381/49 22 88, Fax: 0 2381/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;  
**Druck:** küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

**AbL** Bundeskontakte

**Bundesgeschäftsstelle:**  
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de  
**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758  
**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:**  
junge-abl@abl-ev.de  
**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**  
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455  
**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:**  
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273  
**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken**  
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de  
**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:**  
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de  
**Internationale Agrarpolitik:**  
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de  
**Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW**  
Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

**AbL** Mitgliedsantrag

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 109,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 144,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 54,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 79,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:  
 30,-€  50,-€  70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Ich zahle:  nach Erhalt der Rechnung  per SEPA-Lastschriftmandat  
Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092  
AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet. Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter [www.abl-ev.de/datenschutz](http://www.abl-ev.de/datenschutz)

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Auf nach Weimar...



## Bäuerinnen- und Bauerntag und Mitgliederversammlung

der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

29. November – 1. Dezember 2019

Europäischen Jugendbegegnungsstätte in Weimar

### Freitag, 29. November 2019

14:00 Uhr Begrüßung durch den AbL-Bundesvorstand und Organisatorisches

14:10 Uhr Mut machen für Landwirtschaft und Agrarpolitik

15:00 Uhr Werkstattgespräche – Praktikerinnen und Praktiker im Dialog

19:30 Uhr Podiumsdiskussion:

**Stoppen wir den Ausverkauf der Landwirtschaft - Bodenmarkt wirksam regeln!**

Wissenschaftliche Impulse:

Dr. Andreas Tietz, Thünen-Institut

Professorin Insa Theesfeld, Universität Halle

Professor Teja Tschardt, Universität Göttingen (angefragt)

Lösungswege aufzeigen:

Jobst Jungehüsing, BMEL, Berlin

Claudia Gerster, AbL Mitteldeutschland

Reiko Wöllert, AbL-Bundesvorstand

Anja Siegesmund, Ministerin in Thüringen

Moderation: Ulrich Jasper, AbL-Bundesgeschäftsführer

### Samstag, 30. November 2019

9:15 Uhr Ermutigungsoffensive für die Landwirtschaft. Diskussionsforen

I Tierhaltung: Konsens für die Nutztierstrategie ist notwendig und möglich

II. Milchmarkt: Es braucht Verantwortung in der gesamten Lieferkette

III. Gentechnik: Stand der politischen Auseinandersetzung

ab 14:15 Uhr AbL-Mitgliederversammlung 2019

### Sonntag, 1. Dezember 2019

9:00 - 11:00 Uhr Für Interessierte: Historischer und politischer Stadtrundgang in Weimar (Gesonderte Anmeldung erforderlich)

### Organisatorisches:

Tagungsort: Europäische Jugendbegegnungsstätte in Weimar

Jenaer Straße 214, 99425 Weimar. Tel.: 03643-827-0, Fax: -111

Wegbeschreibung und weitere Infos zur Tagungsstätte: [www.ejbweimar.de](http://www.ejbweimar.de)

Organisatorische Leitung: Georg Janßen, Ulrich Jasper (AbL-Bundesgeschäftsführung) Teilnehmerbeitrag: 130,00 Euro (inklusive Übernachtung und Verpflegung)

Kinder bis 14 Jahre zahlen keinen Beitrag. Eine Kinderbetreuung kann leider nicht angeboten werden.

Anmeldung: Wir bitten um schriftliche Anmeldungen bis zum 19. November 2019 an die AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm/Westf. oder per Mail an [info@abl-ev.de](mailto:info@abl-ev.de) oder per Fax: 02381-492221. Danke!



## Junge AbL-Tagung

Bäuerliche Solidarität International

28. November 2019, 16 Uhr bis 29. November 2019, 13 Uhr

Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Teilnahmebeitrag 20 €

Bäuerlichkeit bedeutet auch Solidarität

Deshalb wollen wir unseren Blick weiten. An vielen Orten haben Bäuerinnen und Bauern mit politischen Umbrüchen zu kämpfen.

Was bedeuten die Waldbrände in Südamerika und der Krieg in Syrien für Menschen in der Landwirtschaft vor Ort und wie organisieren sie sich?

Was passiert in der weltweiten bäuerlichen Bewegung?

Weitere Infos folgen auf [www.junge-abl.de](http://www.junge-abl.de) Anmeldung an [junge-abl@abl-ev.de](mailto:junge-abl@abl-ev.de) Bitte gebt bei der Anmeldung an, ob Ihr zur anschließenden AbL-Tagung bleibt.

In Zusammenarbeit mit:



## unabhängige Bauernstimme: Wo Goethe nie war

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221  
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter [www.bauernstimme.de/datenschutz](http://www.bauernstimme.de/datenschutz)